

Entwicklung extraterritorialer menschenrechtlicher Schutzpflichten angesichts des Klimawandels?

Manoël Johr*

Inhalt	
A. Einleitung	347
B. Menschenrechtliche Schutzpflichten	349
I. Rechtsgrundlagen von Schutzpflichten	349
1. Spezielle Umweltrechte	350
2. Wirtschaftliche, soziale, kulturelle und kollektive Rechte	351
3. Bürgerliche und politische Rechte	352
a) Das „einheitliche Umweltrecht“ der EMRK	352
(1) Anerkannte Gewährleistungen	352
(2) Übertragung auf Klimaschutz	353
b) Unmenschliche und erniedrigende Behandlung nach Art. 3 EMRK	355
c) Andere Verträge	357
4. Zwischenergebnis	357
II. Kausalität zwischen Unterlassen und Rechtsverletzung	358
1. Problem	358
2. Stellungnahme	359
3. Zwischenergebnis	361
III. Inhalt der Schutzpflichten	361
1. Anpassungsmaßnahmen	362
2. Milderungsmaßnahmen	363
a) Allgemeines Klimavölkerrecht	364
b) Integration in die menschenrechtliche Schutzpflicht	365
(1) Allgemeine Pflichten	365
(2) Besondere Pflichten durch Einbezug nationalen Rechts	366

* Der Autor (B.A. Internationale Beziehungen, Universität Erfurt) studiert Rechtswissenschaften an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Germany). Er ist studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für deutsches und ausländisches öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht (Prof. Dr. *Schmahl*) und am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, deutsches und europäisches Handels- und Gesellschaftsrecht (Prof. Dr. *Teichmann*). Dieser Beitrag stellt eine überarbeitete Fassung seiner Seminararbeit im Rahmen der Juristischen Universitätsprüfung dar, welche im Rahmen des Schwerpunktseminars von Prof. Dr. *Schmahl* im Sommersemester 2023 angefertigt wurde.

3. Abwägung	368
4. Zwischenergebnis	368
C. Extraterritoriale Anwendung	369
I. Grundsätze extraterritorialer Anwendung	369
1. Territoriale Anknüpfung	370
2. Personale Anknüpfung	370
a) Begründungsversuche für den Klimaschutz	370
b) Stellungnahme	371
II. Differenzierung nach Schutz- und Anpassungsmaßnahmen	373
1. Anpassungsmaßnahmen	373
2. Milderungsmaßnahmen	373
III. Zwischenergebnis	374
D. Schluss und Ausblick	374

Abstract

Der Aufsatz untersucht die menschenrechtlichen Schutzpflichten der Staaten angesichts des Klimawandels. Zunächst ist festzustellen, dass – neben spezielleren aber „schwächeren“ Vorschriften – der Klimawandel in den Anwendungsbereich des Rechts auf Privatleben und auf Leben, jedenfalls nach der Auslegung von Art. 8 bzw. 2 EMRK, fällt. Danach wird die schwierige Frage der Kausalität zwischen Menschenrechtsverletzungen aufgrund des Klimawandels und dem Unterlassen der Staaten untersucht. Hier wird dargelegt, dass alternative Kausalität in Fällen anteiliger Verursachung, wie beim Klimawandel, ein allgemeiner Rechtsgrundsatz ist, wie sich aus einer Reihe internationaler Entscheidungen und einem Rechtsvergleich ergibt. Daraufhin wird der Inhalt der staatlichen Schutzpflichten entwickelt, indem diese nach Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK im Lichte des Umwelt- und Klimavölkerrechts ausgelegt werden. Schließlich wird die Frage extraterritorialer Anwendung behandelt, die ohne weiteres in Fällen effektiver Kontrolle über ein Gebiet angenommen werden kann. Eine effektive Kontrolle über Personen besteht hingegen nicht. Stattdessen wird, in Anknüpfung an einige jüngere Entscheidungen, ein Ansatz zur Begründung von Extraterritorialität vorgeschlagen, der an andere völkerrechtliche Pflichten der Staaten, die die gleichen Interessen wie die einschlägigen Menschenrechte schützen, anknüpft.

The Development of Extraterritorial Positive Obligations under Human Rights Law Concerning Climate Change

This article examines States' positive obligations under human rights law facing climate change. First, it finds that – besides more specific but “weaker” provisions – climate change falls under the scope of the right to a private life and the right to life at least as interpreted under Articles 8 and 2 ECHR, respectively. Next, the difficult

question of a causal link between human rights violations due to climate change and the omissions of States is examined. It is argued that the principle of alternative causation exists in cases of overdetermination, such as climate change, as a general principle of international law, based on several international decisions and a comparison of legal systems. The article then develops the content of the States' positive obligations by construing them, according to Article 31(3)(c) VCLT, in light of international environmental and climate law. Finally, the question of extraterritorial application is treated, finding that it can be accepted easily in cases of effective control over an area. Effective control over persons does not, however, exist. Instead, by looking at certain recent international decisions, an approach to extraterritoriality attached to States' other obligations under international law is proposed, protecting the same interests as pertinent human rights.

Keywords: Climate Change, Human Rights, Extraterritoriality, ECHR, Causation, Systemic Integration

A. Einleitung

Der Klimawandel stellt eine der größten Herausforderungen der Menschheit im 21. Jahrhundert dar und hat damit massiven Einfluss auf das Leben jedes einzelnen Menschen.¹ Aufgrund seiner globalen Dimension ist eine Lösung nur auf internationaler Ebene möglich; juristisch ist also das Völkerrecht zu befragen.

Tatsächlich gibt es eine Reihe internationaler Klimaverträge, deren wichtigste das UN-Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen (UNFCCC)² sowie das Pariser Übereinkommen (PÜ)³ sind. Daneben bestehen mittlerweile aber auch gewohnheitsrechtliche Pflichten der Staaten bezüglich des Klimawandels.⁴ Diese Regeln haben jedoch den Nachteil, dass sie nur bedingt durchsetzbar sind: Zwar wird sowohl für die vertraglichen als auch die gewohnheitsrechtlichen Pflichten vertreten, sie seien allen anderen (Vertrags-)Staaten gegenüber verbindlich (Pflichten *erga omnes* bzw. *erga omnes partes*);⁵ sie können danach prinzipiell auch von all diesen vor internationalen Spruchkörpern eingeklagt werden.⁶ Doch sind solche Spruchkörper ausschließlich dann zuständig, wenn sich die Streitparteien ihnen – etwa durch Erklärung oder Schiedsabkommen – unterworfen haben (Art. 36 Abs. 2 IGH-Statut, Art. 14 Abs. 2 UNFCCC).⁷ Darüber kann auch der *erga-omnes*-Charakter einer

1 Siehe bereits Res. d. GV 43/53 v. 6.12.1988, insb. ErwG 2, Ziff. 1; sowie *Shue*, S. 182 a.E.

2 Vom 9.5.1992, UNTS 1771, 107, BGBl. 1993 II, 1783 (Nr. 33).

3 Vom 12.12.2015, ILM 55 (2016), 740, BGBl. 2016 II, 1083 (Nr. 26).

4 Überblick bei *Birkner*, in: Ipsen-Völkerrecht, § 53, Rn. 32–46; *Brunnée*, RdC 2020, S. 100–102. Dazu näher unter B. III. 2. a).

5 *Mayer*, AJIL 2021, S. 420; *Kring*, S. 66; s. *Sands*, in: Essays in Honour of John Dugard 2017, S. 122 ff.; zur begriffll. Unterscheidung *D'Argent*, RdC 2021, S. 9 (Rn. 83).

6 IGH, Urt. v. 22.7.2022, *Application of the Genocide Convention (Gambia/Myanmar) (Preliminary Objections)*, Rn. 107 f.

7 Etwa StIGH, Gutachten v. 23.7.1923, *Eastern Carelia*, Series B Nr. 5, S. 27; v. *Arnauld*, Rn. 439.

Pflicht nicht hinweghelfen,⁸ so dass ein erhebliches Durchsetzungsdefizit besteht. Zudem scheint es erheblichen politischen Druck der größten Emittenten gegenüber den besonders betroffenen Staaten gegeben zu haben, keine Klagen oder Gutachtenverfahren nach Art. 96 UNCh, 65 ff. IGH-Statut anzustrengen,⁹ doch wurde dieses Hindernis mit Einleitung eines Gutachtenverfahrens Ende März 2023 überwunden.¹⁰ Darüber hinaus kennt auch Art. 15 PÜ nur einen eher weichen, das heißt nur rechtlich unverbindliche Maßnahmen beinhaltenden Durchsetzungsmechanismus.¹¹ Vor allem ist aber im Rahmen all dieser möglichen Mechanismen den – letztlich betroffenen – Individuen der Klageweg auf internationaler Ebene verstellt,¹² da nur Staaten den IGH anrufen können (Art. 34 Abs. 1 IGH-Statut) und auch die materiellrechtlichen Klimaregeln nur Staaten als Subjekte des Völkerrechts verpflichten und berechtigen, also gewissermaßen „nur-objektives“ Recht bilden.

Dieses Problem stellt sich freilich im Völkerrecht grundsätzlich. In manchen Feldern, etwa dem Humanitären Völkerrecht, ist es jedoch durch eine menschenrechtliche Durchdringung teilweise behoben worden.¹³ Deshalb soll im Folgenden untersucht werden, ob auch im Bereich des Klimaschutzes die Menschenrechte Pflichten der Staaten erzeugen und ihn damit effektiver machen können. Dies ist auch insofern von besonderem Interesse, als in letzter Zeit eine Reihe nationaler¹⁴ und internationaler¹⁵ Entscheidungen solche Pflichten angedeutet haben und weitere Beschwerden anhängig sind.¹⁶

8 IGH, Urt. v. 30.6.1995, *East Timor*, Reports 1995, S. 90 (Rn. 29).

9 Ott/Main-Klingst, VN 2021, S. 216.

10 Res. d. GV 77/276 v. 29.3.2023: IGH, *Obligations of States in respect of climate change*; s. auch das (sachl. beschränkte) Gutachtenverfahren beim ISGH, *Request for an Advisory Opinion submitted by the Commission of Small Island States on Climate Change and International Law*, 12.12.2022.

11 Markus, ZaöRV 2016, S. 747 f.; vgl. Schmahl, JZ 2022, S. 318.

12 Siehe Hänni, EuGRZ 2019, S. 5; Lavieille/Delzangles/Le Bris, S. 114.

13 Siehe dazu IGH, Gutachten v. 9.7.2004, *Construction of a Wall*, Reports 2004, S. 136 (Rn. 104–106); EGMR, Urt. v. 16.2.2021, Nr. 4871/16, *Hanan* = NJW 2021, S. 1291 (Rn. 198 f.); BVerfG(K), NVwZ 2021, S. 398 (Rn. 23 ff., insb. 32) – *Kunduz*; ausf. und m.w.N. *van Steenberghe*, IRR 2022, S. 1345.

14 Insb. (Niederländischer) Hoge Raad, Urt. v. 20.12.2019, *Urgenda*, ILM 2020, S. 811; BVerfGE 157, 30 – *Klimaschutz*.

15 Insb. HRC, Kommunikation Nr. 2728/2016, *Teitiota*, CCPR/C/127/D/2728/2016, 23.9.2020; CRC, Kommunikationen Nrn. 104–108/2019, *Sacchi u.a./Argentinien, Brasilien, Frankreich, Deutschland und Türkei*, CRC/C/88/D/104/2019–108/2019, 22.9.2021; im Folgenden wird, soweit sich keine Abweichungen ergeben, nur zitiert: Nr. 107/2019, gg. Deutschland, = KlimR 2022, 65; HRC, Kommunikation Nr. 3624/2019, *Billy u.a.*, CCPR/C/135/D/3624/2019, 21.7.2022 = KlimR 2022, 352. Siehe außerdem IAGMR, Gutachten v. 15.11.2017, *Klimagutachten*, Series A Nr. 23.

16 Bedeutsam insb. beim EGMR: Nr. 39371/20, *Agostinho u.a.*; Nr. 53600/20, *KlimaSeniorinnen*; Nr. 7189/21, *Carême* (alle an die Große Kammer verweisen, s. Pressemitt. Nr. 035[2023]; in den Sachen *KlimaSeniorinnen* und *Carême* fanden am 29.3.2023 die mündl. Verh. statt, abrufbar unter <https://echr.coe.int/Pages/home.aspx?p=hearings&c=31.5.2023>). Die übrigen Verfahren sind bis zu einer Entscheidung darüber ausgesetzt, s. Pressemitt. Nr. 046(2023) mit Überblick. Siehe i.Ü. https://climate-laws.org/litigation_cases (31.5.2023); nun auch *UN Environment Programme*, Global Climate Change Litigation Report: 2023 Status Review, S. 26 ff. Zur Bedeutung allg. auch *Enderle*, DÖV 2023,

Dazu ist zunächst zu untersuchen, ob überhaupt menschenrechtliche Schutzpflichten der Staaten bestehen und welchen Inhalt sie haben (B.). In einem nächsten Schritt ist dann die praktisch höchst relevante Frage zu beantworten, ob diese auch gegen andere Staaten als den eigenen Heimat- oder Aufenthaltsstaat geltend gemacht werden können, die Schutzpflichten mithin extraterritorial gelten (C.).

Dabei werden in erster Linie die für die Bundesrepublik Deutschland verbindlichen Pflichten untersucht. Darunter kommt der EMRK besondere Bedeutung zu, da sie mit dem direkten Individualbeschwerdeverfahren zum EGMR und der Rechtsverbindlichkeit der Entscheidungen den effektivsten Durchsetzungsmechanismus kennt.¹⁷ Daher kommt ihr die höchste praktische Relevanz zu. Weil sich die Grundrechte der EU hiermit im Wesentlichen decken (Art. 52 Abs. 3 GRCh sowie Art. 6 Abs. 3 EUV) und dort aus prozessualen Gründen (Art. 263 Abs. 4 AEUV) die individuelle gerichtliche Geltendmachung schwierig ist,¹⁸ werden jene hier ausgeblendet. Außerdem werden allein die substantiellen Garantien untersucht, die infrage kommenden prozessualen bleiben, weil sie wesentlich akzessorisch sind (insb. Art. 2 Abs. 3 IPbPR, Art. 13 EMRK),¹⁹ außen vor.

B. Menschenrechtliche Schutzpflichten

Es sind also zunächst die möglichen menschenrechtlichen Schutzpflichten darzulegen. Eingangs sind die einschlägigen Rechte zu erörtern (I.). Sodann ist zu fragen, ob die spezifische Schutzpflicht mangels Kausalität zwischen dem konkreten staatlichen Unterlassen und (künftigem) Schadenseintritt entfällt (II.). Schließlich ist zu prüfen, wie weit die Schutzpflichten bezüglich des Klimawandels reichen, welchen Inhalt sie also haben (III.).

I. Rechtsgrundlagen von Schutzpflichten

Menschenrechtliche Schutzpflichten hinsichtlich des Klimawandels können sich aus unterschiedlichen Arten von Rechten ergeben. Als erstes kommen selbstverständlich spezielle Umweltrechte in Betracht (1.). Weiterhin liegt es nahe, bestehende Leistungs- und Kollektivrechte zu untersuchen (2.). Schließlich sind Schutzpflich-

S. 371. Daneben haben Kolumbien und Chile im Januar 2023 ein neues Gutachtenverfahren am IAGMR eingeleitet, s. *Auz/Viveros-Uehara*, Another Advisory Opinion on the Climate Emergency? The Added Value of the Inter-American Court of Human Rights, EJIL:Talk!, 2.3.2023, abrufbar unter: <https://www.ejiltalk.org/another-advisory-opinion-on-the-climate-emergency-the-added-value-of-the-inter-american-court-of-human-rights/> (5.7.2023).

17 Siehe nur *Frohwein*, in: EPIL, Rn. 17; *Grabenwarter/Pabel*, § 2 Rn. 1.

18 EuGH, Urt. v. 25.3.2021, Rs. C-565/19 P, *Carvalho*, ECLI:EU:C:2021:252, Rn. 45 ff.; dazu krit. *Christiansen/Masche*, ZEuS 2023, S. 31 (insb. 38 ff.).

19 Siehe nur HRC, Kommunikation Nr. 1062/2002, *Šmidek*, CCPR/C/87/D/1062/2002, 25.7.2006, Rn. 11.6; bzw. EGMR, Urt. v. 7.7.2009, Nr. 58447/00, *Zavoloka*, Rn. 13 (a); allg. etwa *Schilling*, Rn. 605.

ten, die sich aus „klassischen“ Abwehrrechten ergeben können, in den Blick zu nehmen (3.).²⁰

1. Spezielle Umweltrechte

Vorderhand scheint es erwägenswert, die speziellen klimarechtlichen Verträge, also UNFCCC und PÜ, nach menschenrechtlichen Pflichten der Staaten zu befragen. Zwar benennt Abs. 11 der Präambel des PÜ klar einen Zusammenhang von Klimawandel und Menschenrechten.²¹ Doch enthält keines der Abkommen unmittelbar anwendbare (*self-executing*) Bestimmungen.²² Daher können sich Einzelmenschen nicht unmittelbar auf sie berufen, um eigene (Menschen-)Rechte zu begründen.

Einige menschenrechtliche Instrumente kennen allerdings besondere Umweltrechte, die als Spezialnormen vorrangig einschlägig wären. So nennt die Banjul-Charta²³ in ihrem Art. 24 ein kollektives Recht auf „umfassende und befriedigende Umwelt“, das – auch in Verbindung mit wirtschaftlichen und kulturellen Rechten – als Recht auf gesunde Umwelt verstanden wird.²⁴ Auch Art. 11 des Protokolls von San Salvador²⁵ zur AMRK²⁶ nennt ein Recht auf gesunde Umwelt. Hier besteht kein Zweifel, dass diese Rechte auch bei Umweltbeeinträchtigungen durch den Klimawandel einschlägig sind.²⁷

Ein solches Recht ist jedoch weder auf universeller Ebene noch in den für Deutschland verbindlichen regionalen Instrumenten verankert. Zwar hat die UN-Generalversammlung ein „Menschenrecht auf saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt“ „anerkannt“.²⁸ Doch kann diese „Anerkennung“ nach Art. 10 Hs. 2, 13 Abs. 1 lit. b) UNCh nur eine Empfehlung, also rechtlich unverbindlich sein. Vorschläge zur Einführung eines verbindlichen entsprechenden Menschenrechts waren bislang weder im Rahmen der UN²⁹ noch des Europarates³⁰ erfolgreich.³¹

20 Sehr ähnlich *Birnie/Boyle/Redgwell*, S. 271 f.

21 *Jegede*, IHRLR 2020, S. 186.

22 *Chong*, GYIL 2020, S. 491 m.w.N.; *Böhringer*, ZaöRV 2016, S. 779.

23 Afrikanische Konvention der Menschenrechte und der Rechte der Völker vom 27.6.1981, UNTS 1520, 217.

24 AfrKommMR, Entsch. v. 27.10.2001, Nr. 155/96, *Ogoni*, Rn. 52; dazu *Shelton*, AJIL 2002, S. 942. Art. 24 lautet: „All peoples shall have the right to a general satisfactory environment favourable to their development.“/„Tous les peuples ont droit à un environnement satisfaisant et global, propice à leur développement.“ (Übers. im Text M.J.).

25 Zusatzprotokoll zur Amerikanischen Konvention der Menschenrechte im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte vom 17.11.1988, ILM 1989, 156.

26 Amerikanische Konvention der Menschenrechte vom 22.11.1969, UNTS 1144, 123.

27 *Peters*, AVR 2021, S. 170 f.

28 Res. d. GV 76/300 v. 1.8.2022, Ziff. 1.

29 Report of the Special Rapporteur on the issue of human rights obligations relating to the enjoyment of a safe, clean, healthy and sustainable environment, A/73/188, Rn. 37 ff., 57; dazu *Jegede*, IHRLR 2020, S. 209–211.

30 Siehe Europarat, Pressemitt. v. 20.2.2020, Réf. DC 028(2020).

31 *Schmahl*, JZ 2022, S. 319 a.E.

2. Wirtschaftliche, soziale, kulturelle und kollektive Rechte

Es lassen sich aber auch aus wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten – also „klassischen“ Leistungsrechten – sowie Kollektivrechten Schutzpflichten hinsichtlich des Klimawandels ableiten.³²

So kann unbestreitbar etwa das Recht auf angemessenen Lebensstandard³³ (Art. 11 IPwskR, 28 BRK)³⁴ oder auf Gesundheit³⁵ (Art. 12 IPwskR, 24 KRK,³⁶ 25 BRK) durch den Klimawandel beeinträchtigt werden.³⁷ Um die Verwirklichung dieser Rechte zu erreichen, muss der Staat dazu geeignete Maßnahmen ergreifen (Art. 2 Abs. 1 IPwskR); ihn trifft also dem Grunde nach eine entsprechende Schutzpflicht.³⁸

Auch können diverse Kollektivrechte betroffen sein. Werden etwa durch den Klimawandel die Lebensweisen indigener Völker oder Kulturen beeinträchtigt, so ist deren Recht auf Ausübung ihres kulturellen Lebens (Art. 27 IPbpR, 30 KRK) betroffen.³⁹ Auch die Rechte von Personengruppen, die durch spezielle Verträge geschützt werden (insb. Frauen, geschützt durch die CEDAW;⁴⁰ Kinder, geschützt durch die KRK; Menschen mit [einschlägigen] Behinderungen, geschützt durch die BRK), können berührt sein.⁴¹ Doch übertragen diese Instrumente im Wesentlichen allgemeine Garantien auf die Situation der geschützten Gruppe, so dass sich diesbezüglich nur bedingt Besonderheiten hinsichtlich der besonderen Vulnerabilität dieser Gruppe ergeben, die an entsprechender Stelle angesprochen werden.

32 Allg. AfrKommMR, *Ogoni* (Fn. 24), Rn. 51; IAGMR, *Klimagutachten* (Fn. 15), Rn. 57.

33 *Caney*, in: Beitz/Goodin (Hrsg.), S. 232.

34 Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13.12.2006, UNTS 2515, 3, BGBl. 2008 II, 1420 (Nr. 35).

35 *Caney*, in: Beitz/Goodin (Hrsg.), S. 231.

36 Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989, UNTS 1577, 3, BGBl. 1992 II, 122 (Nr. 6).

37 CEDAW *u.a.*, Statement on human rights and climate change, HRI/2019/1, 14.5.2020, Rn. 10 ff.; *Kring*, S. 42 f.

38 CEDAW *u.a.*, Statement on human rights and climate change, HRI/2019/1, 14.5.2020, Rn. 10 f. m.w.N. Zur Ausfüllung dieser Schutzpflicht s. entspr. unter B. III.

39 HRC, *Billy u.a.* (Fn. 15), Rn. 8.8.13 f.; vgl. *Merrills*, in: Bodansky/Brunnée/Hey (Hrsg.), S. 667 f., 670.

40 Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18.12.1979, UNTS 1249, 13, BGBl. 1985 II, 648 (Nr. 17).

41 Siehe dazu CEDAW *u.a.*, Statement on human rights and climate change, HRI/2019/1, 14.5.2020, Rn. 3; CEDAW, General Recommendation Nr. 37 (2018) on gender-related dimensions of disaster risk education in a changing climate, CEDAW/C/GC/37; CRC, *Sacchi u.a.* (Fn. 15), Rn. 9.4; zu Behinderungen speziell: (österr.) VfGH, Beschl. v. 30.9.2020, G144/2020 *u.a.*, Rn. 41; dagegen nun Beschw. zum EGMR, Nr. 18859/21, *Müllner* (noch nicht mitgeteilt, s. unter https://climate-laws.org/geographies/austria/litigation_cases/mex-m-v-austria [31.5.2023]).

3. Bürgerliche und politische Rechte

Schließlich können sich Schutzpflichten auch aus bürgerlichen und politischen Rechten, also abgeleitet aus Abwehrrechten, ergeben. Hier ist besonders die EMRK in den Blick zu nehmen. Sodann gilt es, die Übertragung der daraus gewonnenen Erkenntnisse auf die entsprechenden Garantien anderer Instrumente zu prüfen.

a) Das „einheitliche Umweltrecht“ der EMRK

(1) Anerkannte Gewährleistungen

Der EGMR wird nicht müde zu betonen, dass es in der EMRK zwar kein spezifisch genanntes „Recht auf eine saubere und ruhige Umwelt“ gebe, der Einzelne aber durch Lärm- oder sonstige Umweltbeeinträchtigungen in seinem Recht auf Privat- und Familienleben aus Art. 8 Abs. 1 EMRK betroffen sein könne.⁴² Je nach Lage des Falles kann außerdem das Recht auf Leben aus Art. 2 Abs. 1 S. 1 EMRK⁴³ sowie das Eigentumsrecht des Art. 1 Abs. 1 ZP I⁴⁴ verletzt sein.

Dies leitet der Gerichtshof aus den bereits früh anerkannten „positiven Pflichten“ des Art. 8 Abs. 1 EMRK⁴⁵ ab, die den Staat auch bei den – tatsächlich häufigen – Rechtsbeeinträchtigungen durch Private zu Schutzmaßnahmen verpflichten.⁴⁶ In der *López-Ostra*-Entscheidung von 1994 hat der EGMR deren Anwendbarkeit auch dann bejaht, wenn das Wohlbefinden der Betroffenen oder der Genuss ihrer Wohnung durch „schwerwiegende Umweltverschmutzungen“ hinreichend stark beeinträchtigt werden.⁴⁷ Dies gilt entsprechend für Art. 2 Abs. 1 S. 1 EMRK⁴⁸ und Art. 1 Abs. 1 ZP I,⁴⁹ wenn Leben beziehungsweise Eigentum der Betroffenen be-

42 So seit EGMR, Urt. v. 8.7.2003, Nr. 36022/97, *Hatton u.a.*, Reports 2003-VIII, 189 = EuGRZ 2005, 584 (Rn. 96); darauf bezugnehmend etwa EGMR, Urt. v. 21.7.2009, Nr. 12605/03, *Leon und Agnieszka Kania*, Rn. 98; Urt. v. 13.7.2017, Nr. 38342/05, *Jugheli u.a.*, Rn. 62; s. Pätzold, in Karpenstein/Mayer, Art. 8 EMRK, Rn. 38.

43 EGMR, Urt. v. 30.11.2004, Nr. 48939/99, *Öneryıldız*, Reports 2004-XII, 1 (Rn. 89 f.); Urt. v. 28.2.2012, Nrn. 17423/05 u.a., *Kolyadenko u.a.*, Rn. 157 f.; Urt. v. 24.7.2014, Nrn. 60908 u.a., *Brincat u.a.* = NVwZ-RR 2016, 121 (Rn. 79 f.).

44 EGMR, *Öneryıldız* (Fn. 43), Rn. 134 f.; Urt. v. 30.10.2018, Nr. 22677/10, *Kurşun*, Rn. 114.

45 EGMR, Urt. v. 13.6.1979, Nr. 6833/74, *Marckx*, Series A Nr. 31 = EGMR-E 1, 396 (Rn. 31); Urt. v. 9.10.1979, Nr. 6289/73, *Airey*; Series A Nr. 32 = EGMR-E 1, 414 (Rn. 32).

46 Siehe allg. *Hakimi*, EJIL 2010, S. 348; *Shue*, S. 52 f., 61; *De Schutter*, S. 448 ff.

47 EGMR, Urt. v. 9.12.1994, Nr. 16798/90, *López Ostra*, Series A Nr. 303-C = EuGRZ 1995, 530 (Rn. 51); ebenso etwa EGMR, Urt. v. 19.2.1998, Nr. 14967/89, *Guerra u.a.*, Reports 1998-I, 210 = EuGRZ 1999, 188 (Rn. 58); *Hatton u.a.* (Fn. 42), Rn. 98; zur Rspr.-Linie ausf. *Meyer-Ladewig*, NVwZ 2007, S. 27 ff.

48 EGMR, *Öneryıldız* (Fn. 43), Rn. 71, 90; ebenso EGMR, *Kolyadenko u.a.* (Fn. 43), Rn. 157; *Brincat u.a.* (Fn. 43), Rn. 79 f. Entwickelt unter Bezugnahme auf EGMR, Urt. v. 9.6.1998, Nr. 23413/94, *L.C.B.*, Reports 1998-III, 1390 (Rn. 36); Urt. v. 14.3.2002, Nr. 46477/99, *Paul und Audrey Edwards*, Reports 2002-II, 137 (Rn. 54).

49 EGMR, *Öneryıldız* (Fn. 43), Rn. 134; *Kurşun* (Fn. 44), Rn. 114. Entwickelt unter Bezugnahme auf EGMR, Entsch. v. 4.5.2000, Nr. 36811/97, *Bielelectric Srl*.

droht sind. Später hat der Gerichtshof die Anwendbarkeit dieser Rechtsprechung auch im Falle vorhersehbarer Naturkatastrophen angenommen.⁵⁰

Sind danach mehrere Rechte einschlägig, ist ein insgesamt gleiches Schutzniveau anzunehmen,⁵¹ so dass von einem „einheitlichen Schutzstandard in Umweltangelegenheiten“ gesprochen werden kann.⁵² Das unterschiedliche Gewicht der Beeinträchtigungen⁵³ ist erst auf Rechtsfolgeenseite einzustellen.

Die Schutzpflichten aus den Art. 2 Abs. 1 S. 1, 8 Abs. 1 EMRK und 1 Abs. 1 ZP I schützen nicht die Umwelt als solche, es bedarf vielmehr der Beeinträchtigung eines Menschen.⁵⁴ Eine solche liegt nur vor, wenn eine gewisse Eingriffsschwelle überschritten, eine hinreichende Schwere erreicht ist, so dass die Schutzpflichten auch nur dann anwendbar sind.⁵⁵ Dies ist dann erreicht, wenn der Betroffene sein Familien- oder Privatleben aufgrund der Umweltverschmutzung nicht mehr genießen kann,⁵⁶ er getötet oder sein Leben unmittelbar gefährdet wird⁵⁷ oder der Gebrauch des Eigentums erheblich beeinträchtigt wird, weil der Staat Maßnahmen unterlässt, die zum Schutz des Eigentums erwartet werden dürfen.⁵⁸ Ob ein solcher Eingriff vorliegt, hängt jedoch immer von den Umständen des Einzelfalls, insbesondere der Intensität und Dauer der Einwirkung sowie den Auswirkungen auf den Betroffenen, ab.⁵⁹ Dabei können allerdings erhebliche Furcht und Stress durch die Ungewissheit über die Gesundheitsgefahren, denen der Betroffene womöglich ausgesetzt ist, für sich genommen bereits eine hinreichende Intensität begründen.⁶⁰

(2) Übertragung auf Klimaschutz

Noch nicht entschieden hat der Gerichtshof bislang die Frage, ob diese Rechtsprechung auf die vom Klimawandel ausgehenden Gefahren übertragbar ist.⁶¹ Bejaht wurden Eingriffe in die Konventionsrechte hingegen bereits von nationalen Gerich-

50 EGMR, Urt. v. 20.3.2008, Nrn. 15339/02 u.a., *Budayeva*, Reports 2008-II, 267 (Rn. 152); ähnlich *Kolyadenko u.a.* (Fn. 43), Rn. 165.

51 EGMR, *Öneryıldız* (Fn. 43), Rn. 136; *Brincat u.a.* (Fn. 43), Rn. 102; *Kurşun* (Fn. 44), Rn. 115.

52 Peters, AVR 59 (2021), 164 (172).

53 Dies hervorhebend insb. Mayer, AJIL 2021, S. 442 f. m. Fn. 267.

54 EGMR, Urt. v. 22.5.2003, Nr. 41666/98, *Kyrtatos*, Reports 2003-VI, 257 (Rn. 52 f.); s. bereits EGMR, Urt. v. 6.9.1978, Nr. 5029/71, *Klass u.a.*, Series A Nr. 28 = EGMR-E 1, 320 (Rn. 33).

55 EGMR, *López Ostra* (Fn. 47), Rn. 57 f.; *Guerra u.a.* (Fn. 47), Rn. 57, 60; *Hatton u.a.* (Fn. 42), Rn. 96; s. allg. auch *Hakimi*, EJIL 21 (2010), 341 (367–369).

56 EGMR, *López Ostra* (Fn. 47), Rn. 51; *Hatton u.a.* (Fn. 42), Rn. 96; *Jugheli u.a.* (Fn. 42), Rn. 62.

57 EGMR, Urt. v. 28.10.1998, Nr. 23452/94, *Osman*, Reports 1998-VIII, 3124 (Rn. 115 f.); *Budayeva* (Fn. 50), Rn. 146; *Brincat u.a.* (Fn. 43), Rn. 88.

58 EGMR, *Öneryıldız* (Fn. 43), Rn. 134 f.; *Kurşun* (Fn. 44), Rn. 114: „measures an applicant may legitimately expect“.

59 EGMR, Urt. v. 9.6.2005, Nr. 55723/00, *Fadeyeva*, Reports 2005-IV, 255 (Rn. 69); *Leon und Agnieszka Kania* (Fn. 42), Rn. 100; *Jugheli u.a.* (Fn. 42), Rn. 62; Urt. v. 24.1.2019, Nrn. 54414/13, 54264/15, *Cordella u.a.*, Rn. 157.

60 EGMR, Urt. v. 19.10.2005, Nr. 32555/96, *Roche*, Reports 2005-X, 87 = NJOZ 2007, 865 (Rn. 161): „anxiety and stress“; vgl. i.d.S. auch HRC, *Billy u.a.* (Fn. 15), Rn. 8.6.

61 *Burgers/Staal*, NYIL 2018, S. 230.

ten, namentlich dem niederländischen *Hoge Raad* (Oberstes Gericht)⁶² und dem belgischen *Tribunal de première instance* Brüssel.⁶³ Da auch diese, insoweit sie – wie vorliegend – Völkerrecht anwenden, als Völkerrechtsorgane anzusehen sind (*dédoublement fonctionnel*),⁶⁴ kommt ihren Entscheidungen zumindest eine gewisse Indizwirkung zu, insofern sie Aussagen zum materiellen Gehalt der Rechte treffen. Denn die Staaten und insbesondere ihre Gerichte besitzen auch dann die eine erste Auslegungskompetenz völkerrechtlicher Verträge, wenn ein eigenes internationales Auslegungsorgan geschaffen wurde.⁶⁵

Es darf als wissenschaftlich gesichert gelten, dass der Klimawandel – zumal in ungemilderter Form – zu einer Zunahme von Extremwetterereignissen und damit verbundenen Naturkatastrophen führen wird und dass allein schon der Temperaturanstieg Gesundheitsprobleme verursacht.⁶⁶ Hierdurch werden zweifelsohne alle genannten Rechte berührt: Durch eine Zunahme der Naturkatastrophen werden (je nach Einzelfall) alle diese Rechte gefährdet, während bereits eingetretene Gesundheitsschäden schon jetzt das nach Art. 8 Abs. 1 EMRK geschützte Privatleben beeinträchtigen.⁶⁷ Hinzu kommt noch die Furcht vor den bislang ungewissen Folgen des Klimawandels (*climate anxiety*),⁶⁸ die ebenfalls als hinreichend erhebliche Minderung der Lebensqualität nach Art. 8 Abs. 1 EMRK anzusehen ist.⁶⁹ Schließlich sind Zerstörungen von Eigentum durch Extremwetterereignisse oder den Anstieg des Meeresspiegels wahrscheinlich.

Dies wird allgemein nicht bestritten. Es wird allerdings eingewandt, der Klimawandel betreffe nun einmal alle Menschen und überdies lägen die Beeinträchtigungen (größtenteils) erst in der Zukunft; sie seien also zu „diffus“, um jetzt schon angenommen werden zu können.⁷⁰ Allerdings schützen die Konventionsrechte nicht nur den einzelnen Menschen, sondern auch die Gesellschaft und damit das Individuum *als ihr Mitglied*.⁷¹ Demnach ist der Einzelne auch dadurch betroffen, dass er

62 Hoge Raad, *Urgenda* (Fn. 14), Rn. 5.6.2.

63 TPI Brüssel, Urt. v. 17.6.2021, Nr. 2015/4585/A, S. 61, abrufbar unter https://www.stradalex.com/fr/sl_src_publ_jur_be/document/civ_2015_4585_A-FR (31.5.2023).

64 *Scelle*, RdC 1933, S. 358 f.; *Scelle*, Précis II, insb. S. 10 f.; *Kelsen*, S. 115 f.; *Verdross/Simma*, §§ 45 f.; vgl. auch *Roberts*, ICLQ 2011, S. 62 f.

65 *Karpenstein/Mayer*, EMRK, Einl. Rn. 54; vgl. EGMR, 26.10.2000, Nr. 30210/96, *Kudla*, Rep. 2000-XI, 197 = EuGRZ 2004, 484 (Rn. 152); sowie allg. *Herdegen*, in: EPIL, Rn. 3.

66 IPCC, Synthesis Report of the IPCC Sixth Assessment Report, IPCC AR6 SYR, 2023, S. 15–17, abrufbar unter: <https://www.ipcc.ch/report/ar6/syr/> (5.7.2023); sowie *Hänni*, HRLJ 2020, S. 5 f.; *Shue*, S. 184 f., je m.w.N.

67 *Burgers/Staal*, NYIL 2018, S. 232.

68 Siehe m.w.N. *Heri*, EJIL 2022, S. 946 f.; KRK, *Sacchi u.a.* (Fn. 15), Rn. 2.2 a.E., 9.13.

69 Siehe nochmals EGMR, *Roche* (Fn. 60), Rn. 161.

70 So *Mayer*, AJIL 2021, S. 421; aber auch (schweiz.) BGE 146 I 145 (154); differenzierter CE, 19.11.2020, Nr. 427301, *C^{ne} de Grande-Synthe*, Rn. 3 f. Hier spielt auch das Kausalitätsproblem mit herein, das gesondert untersucht wird, s. unter B. II.

71 Aufbauend auf EGMR, Urt. v. 24.10.2002, Nr. 37703/97, *Mastromatteo*, Reports 2002-VIII, 123 = NJW 2003, 3259 (Rn. 69); Urt. v. 12.1.2012, Nrn. 36146/05, 42418/05, *Gorovenky und Bugara*, Rn. 32; Urt. v. 13.4.2017, Nrn. 26562/07 u.a., *Tagayeva u.a.*, Rn. 482; Urt. v. 26.7.2011, Nr. 9718/03, *Georgeta und Georgeta Stoicescu*, Rn. 59.

Teil einer insgesamt betroffenen Gesellschaft ist.⁷² Außerdem ist eine bereits eingetretene Rechtsbeeinträchtigung nicht erforderlich, solange sie nur hinreichend wahrscheinlich eintreten wird.⁷³ Dies ist beim Klimawandel aber der Fall, wenn die Staaten untätig bleiben.⁷⁴

Angesichts dessen ist eine Beeinträchtigung der Konventionsrechte der Art. 2 Abs. 1 S. 1, 8 Abs. 1 EMRK und 1 Abs. 1 ZP I schon jetzt grundsätzlich zu bejahen, wobei es hinsichtlich der nötigen Intensität natürlich auf den Einzelfall ankommt.

b) Unmenschliche und erniedrigende Behandlung nach Art. 3 EMRK

Daneben wird vorgeschlagen, auch das Verbot unmenschlicher und erniedrigender Behandlung des Art. 3 EMRK auf die Situation des Klimawandels zu übertragen.⁷⁵ Dies ist insofern tatsächlich erwägenswert, als in der umfangreichsten „Klima-Beschwerde“, die derzeit am EGMR anhängig ist, *Duarte Agostinho u.a.*, die Sektion in der Mitteilung der Beschwerde an die Vertragsstaaten Art. 3 EMRK von sich aus (*proprio motu*) ins Spiel gebracht hat,⁷⁶ nachdem der Gerichtshof diese Norm 1994 noch knapp als offensichtlich nicht einschlägig angesehen hatte.⁷⁷

Begründet wird diese Ansicht folgendermaßen:⁷⁸ Die von Art. 3 EMRK geschützte Menschenwürde⁷⁹ wird auch dann berührt, wenn bei den Betroffenen „Gefühle der Angst, Qual oder Unterlegenheit [hervorgerufen werden], die geeignet [sind], sie zu demütigen und zu entwürdigen“.⁸⁰ Eine Erniedrigungs- oder Entwürdigungsabsicht ist zudem in bestimmten Konstellationen, in denen die Betroffenen besonders schutzbedürftig (vulnerabel) sind, nicht erforderlich.⁸¹ Nun könne die Furcht vor dem Klimawandel (*climate anxiety*) hinreichend schwerwiegend sein, um die Schwelle des Art. 3 EMRK zu überschreiten, da sie zu pathologischen psychischen Beeinträchtigungen führen könne.⁸² Eine Erniedrigungsabsicht sei hier deshalb nicht erforderlich, weil die Betroffenen besonders schutzbedürftig seien, da

72 EGMR, Urt. v. 10.1.2012, Nr. 30765/08, *Di Sarno u.a.*, Rn. 81.

73 EGMR, Urt. v. 25.6.1996, Nr. 19776/92, *Amuur*, Reports 1996-III, 826 = EuGRZ 1996, 577 (Rn. 36); Urt. v. 26.8.1997, Nr. 22110/93, *Balmer-Schafroth u.a.*, Reports 1997-IV, 1346 = EuGRZ 1999, 183 (Rn. 26).

74 Statt aller BVerfGE 157, 30 (Rn. 23) – *Klimaschutz*.

75 Siehe dazu insb. *Heri*, EJIL 2022, S. 942, 945 ff.

76 Mitt. d. 4. Sektion des EGMR v. 13.11.2020, Nr. 39371/20, *Agostinho u.a.*; s. dazu *Heri*, EJIL 2022, S. 942, 947.

77 EGMR, *López Ostra* (Fn. 47), Rn. 60.

78 Zum Folgenden: *Heri*, EJIL 2022, S. 945 ff.

79 *Mavronicola*, S. 45; *Herbert*, EuGRZ 2014, S. 663; vgl. EGMR, Urt. v. 28.9.2015, Nr. 23380/09, *Bouyid*, Reports 2015-V, 405 = NJOZ 2017, 703 (Rn. 89 f.); *Mariño Menéndez*, RdC 2018, S. 144.

80 Etwa EGMR, Urt. v. 1.6.2010, Nr. 22978/05, *Gäfgen*, Reports 2010-IV, 247 = EuGRZ 2010, 417 (Rn. 89); Urt. v. 29.4.2002, Nr. 2346/02, *Pretty*, Reports 2002-III, 155 = EuGRZ 2002, 234 (Rn. 52).

81 *Heri*, EJIL 2022, S. 946; s. etwa EGMR, Urt. v. 16.12.1999, Nr. 24888/94, V., Reports 1999-IX, 111 (Rn. 71 a.E.); *Bouyid* (Fn. 79), Rn. 86.

82 *Heri*, EJIL 2022, S. 946 f. m.w.N. zu den tatsächlichen Fragen.

eine strukturelle Ungleichheit zwischen Leidtragenden und Verursachern des Klimawandels bestehe, was mit dem zeitlichen Auseinanderfallen von Verursachung und Auswirkungen begründet wird.⁸³

Dies kann jedoch nicht überzeugen: Zunächst ist schon fragwürdig, weshalb die Furcht vor dem Klimawandel eine derartige Schwere erreichen soll, dass sie geeignet ist, die Betroffenen „zu demütigen und zu entwürdigen“.⁸⁴ Bei vergleichbaren Ängsten, etwa vor dem Einsatz von Atomwaffen, wird dies nicht angenommen.⁸⁵ Betroffene werden auch nicht schutzlos gestellt, denn „Furcht und Stress“ prüft der EGMR ebenfalls im Rahmen des Art. 8 Abs. 1 EMRK.⁸⁶

Auch die behauptete Schutzbedürftigkeit aufgrund struktureller Ungleichheit überzeugt in der hiesigen Konstellation nicht. Zwar sind junge Menschen zukünftig stärker von den Auswirkungen betroffen,⁸⁷ während „künftige Generationen“ gar nicht erst vom persönlichen Schutzbereich der Konventions- oder sonstiger Menschenrechte umfasst sind.⁸⁸ Allerdings lässt sich ebenso feststellen, dass ältere⁸⁹ oder behinderte⁹⁰ Menschen bereits jetzt stärker beeinträchtigt sind.⁹¹ Gerade bei ersteren greift aber das Argument struktureller Ungleichheit nicht, da sie ja – zumindest „als Generation“ – an der Verursachung mitgewirkt haben. Und auch jüngere Menschen können nicht per se als unbeteiligt am Klimawandel erachtet werden. Außerdem scheint eine derart pauschale Begründung von Schutzbedürftigkeit nicht von der Rechtsprechung des Gerichtshofs gedeckt. Solche Schutzbedürftigkeit wurde, gerade in Bezug auf Art. 3 EMRK, dann angenommen, wenn sich aus den Umständen des Einzelfalls oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe für eine *konkrete* Person besonderer Schutzbedarf zeigt.⁹² Im Einzelfall durchaus anzunehmende Schutzbedürftigkeit kann zudem ohne weiteres auf Rechtsfolgenreite unter den genannten Rechten eingestellt werden.⁹³

Schließlich ergibt sich hier das Problem, dass Art. 3 EMRK, da unmittelbar die Menschenwürde betroffen ist, absolut und daher unabwägbar ist.⁹⁴ Dies würde verhindern, dass die – gerade im Bereich des Klimaschutzes bestehenden – gegenläufigen Interessen⁹⁵ angemessen gewürdigt werden können. Wollte man nun, um dieser

83 *Heri*, EJIL 2022, S. 947 f.

84 EGMR, *Gäffen* (Fn. 80), Rn. 89; *Pretty* (Fn. 80), Rn. 52.

85 Vgl. IGH, Gutachten v. 8.7.1996, *Nuclear Weapons*, Reports 1996, 226 (insb. Rn. 24–26); *Casey-Maslen*, IRRC 97 (2015), 663 (674).

86 Siehe Fn. 60.

87 Siehe insb. CRC, *Sacchi u.a.* (Fn. 15), Rn. 9.13 f.

88 *Schmahl*, JZ 2022, S. 322; *Peters*, AVR 2021, S. 189; vgl. *Grabenwarter/Pabel*, § 17 Rn. 3; *Kälin/Künzli*, Rn. 787 f.; *Merrills*, in: Bodansky/Brunnée/Hey (Hrsg.), S. 671 f.

89 (Schweiz.) BGE 146 I 145 (151 ff.); dagegen nun Beschw. zum EGMR, *KlimaSeniorinnen* (s. Fn. 16).

90 Siehe Fn. 41.

91 Siehe ansonsten *Jegade*, IHRLR 2020, S. 194 m.w.N.

92 Vgl. *Perrakis*, RdC 2021, S. 9 (Rn. 54–59) m.w.N.; EGMR, Urt. v. 13.12.2016, Nr. 41738/10, *Paposhvili* = NVwZ 2017, 1187 (Rn. 156 und 178 f.).

93 Vgl. i.d.S. *Jegade*, IHRLR 2020, S. 192 ff.; *Hakimi*, EJIL 2010, S. 368.

94 Siehe nur EGMR, *Bouyid* (Fn. 79), Rn. 81; *Herbert*, EuGRZ 2014, S. 661 m.w.N.

95 Siehe hier nur *Mayer*, AJIL 2021, S. 416 ff.; näher unter B. III. 3.

Notwendigkeit gerecht zu werden, doch eine Abwägung zulassen oder die Leidenschwelle der Anwendbarkeit von Art. 3 EMRK entsprechend eng fassen,⁹⁶ läge kein Mehrwert in der (dogmatisch schwierigen) Herleitung darauf gestützter Schutzpflichten.⁹⁷

c) Andere Verträge

Zwar lässt sich die Umweltrechtsprechung des EGMR und deren Anwendbarkeit auf den Klimawandel nicht direkt auf andere Instrumente übertragen. Doch ist dies vom Menschenrechtsausschuss für Art. 6 (Recht auf Leben) und Art. 17 (Recht auf Privatleben) IPbPR angenommen worden;⁹⁸ ebendies hat der Kinderrechtsausschuss für Art. 6 KRK (Recht auf Leben) getan.⁹⁹ Dann liegt es aber auch nahe, für Art. 10 BRK (Recht auf Leben) ebenfalls eine Anwendbarkeit in Klimafällen anzunehmen.¹⁰⁰

Die Frage der Einschlägigkeit von Art. 7 IPbPR (Schutz vor unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) hat der Menschenrechtsausschuss bislang offengelassen.¹⁰¹ Sie ist aus den genannten Gründen abzulehnen.

4. Zwischenergebnis

Es sind also durch den Klimawandel eine ganze Reihe von Menschenrechten unmittelbar betroffen. Neben den für Deutschland nicht verbindlichen speziellen Umweltrechten sind dies eine Reihe wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und kollektiver Rechte sowie insbesondere die aus dem Recht auf Leben, Privatleben und Eigentum folgenden Schutzpflichten. Somit bestehen dem Grunde nach und abstrakt menschenrechtliche Schutzpflichten der Staaten gegenüber den Rechtsbeeinträchtigungen durch den Klimawandel.

96 So wohl *Heri*, EJIL 2022, S. 941 f. und 950 f.; vgl. allg. auch *Baldus*, S. 111 ff., 260 f.

97 Vgl. i.d.S. Irish Supreme Court, [2020] IESC 49 (Rn. 8.11).

98 Bzgl. der Umwelt-Rspr. zunächst HRC, Kommunikation Nr. 2751/2016, *Portillo Cáceres u.a.*, CCPR/C/126/D/2751/2016, 25.7.2019, Rn. 7.3 f., 7.8.; dies dann auf den Klimawandel übertragend in HRC, General Comment Nr. 36 (2019) on article 6: right to life, CCPR/C/GC/36, Rn. 62; sowie HRC, *Teitiota* (Fn. 15), Rn. 9.4; *Billy u.a.* (Fn. 15), Rn. 8.7, 8.10, 8.12.

99 CRC, *Sacchi u.a.* (Fn. 15), Rn. 9.13 f.

100 Hierzu keine speziellen Darlegungen, vgl. aber *CEDAW u.a.*, Statement on human rights and climate change, HRI/2019/1, 14.5.2020, Rn. 3.

101 HRC, *Portillo Cáceres u.a.* (Fn. 98), Rn. 7.6.

II. Kausalität zwischen Unterlassen und Rechtsverletzung

1. Problem

Die Schutzpflicht des einzelnen Staates könnte jedoch entfallen, weil sein konkretes Unterlassen für die Rechtsbeeinträchtigung nicht ursächlich war oder sein würde. Während der Kausalitätsmaßstab bei völkerrechtlichen Schutzpflichten generell sehr unklar ist,¹⁰² ist jedenfalls bei solchen, die aus Abwehrrechten abgeleitet werden, (hypothetische) Kausalität zu fordern, da die Pflicht ja nur mit Blick auf einen bestimmten Schadenserfolg besteht, den zu verursachen das bemängelte Unterlassen geeignet sein muss.¹⁰³ Danach ist auch völkerrechtlich Äquivalenzkausalität in Form der *conditio-sine-qua-non*-Formel zu fordern.¹⁰⁴ Diese wird um eine Adäquanzkausalität erweitert, die normativ am Schutzzweck der Norm anknüpft,¹⁰⁵ wobei meist die Vorhersehbarkeit des Schadenseintritts als relevant erachtet wird.¹⁰⁶

Die Adäquanzkausalität wird bezüglich der hiesigen Konstellation bejaht oder nicht weiter problematisiert,¹⁰⁷ wohingegen sich die Äquivalenzkausalität durchaus als problematisch darstellt.¹⁰⁸ Die Emissionen, die zu verhindern der Staat unterlassen hat, werden nämlich an einer Vielzahl von Orten ausgestoßen und sind je für sich genommen relativ ungefährlich; erst in ihrer Gesamtheit, also auch erst durch das Unterlassen einer Vielzahl von Staaten, ihnen irgendwie entgegenzuwirken, entsteht die Gefahr.¹⁰⁹ Somit sei es nach einer die Kausalität ablehnenden Ansicht¹¹⁰ irrelevant, ob ein einzelner Staat verhindere, dass auf seinem Gebiet klimaschädliche Emissionen ausgestoßen werden; der Schaden trete ohnehin ein.

102 Geringe Anforderungen bei IGH, Urt. v. 26.2.2007, *Bosnian Genocide (Merits)*, Reports 2007, 43 (Rn. 430 bzw. 462); dazu *Crawford*, S. 498 f. m.w.N. auch zur Kritik; generell zweifelnd bei Klima-/Umweltschutz *Creutz*, S. 19, 163, 309. Höhere Anforderungen etwa bei *Stahl*, S. 169 f.

103 EGMR, *Balmer-Schafroth u.a.* (Fn. 73), Rn. 40; Urt. v. 27.1.2009, Nr. 67021/01, *Tatar*, Rn. 106; *Stahl*, S. 170 f.; *Plakokefalos*, EJIL 2015, S. 481 f.; *Gattini*, in: Nollkaemper/Plakokefalos (Hrsg.), S. 28 f.; vgl. i.d.S. Art. 1 des Artikelentwurfs Verhütung grenzüberschreitender Schäden durch gefährliche Tätigkeiten vom 6.12.2007, Res. d. GV 62/68 v. 8.1.2008; ISGH, Gutachten v. 1.2.2011, *Responsibilities and Obligations in the Area*, Reports 2011, 10 (Rn. 109–112).

104 IGH, *Bosnian Genocide (Merits)* (Fn. 102), Rn. 462; *Plakokefalos*, EJIL 2015, S. 476 f.; *Stahl*, S. 171 f.

105 *Plakokefalos*, EJIL 2015, S. 478.

106 Vgl. Eritrea-Ethiopia Claims Commission, Entsch. v. 27.7.2007, *Decision No. 7*, RIAA XXVI, 10 (Rn. 13).

107 *Heri*, EJIL 2022, S. 932; implizit wohl auch *Mayer*, AJIL 2021, S. 421; *Hänni*, HRLJ 2020, S. 18.

108 Zum Folgenden insb. *Mayer*, AJIL 2021, S. 422.

109 Siehe i.d.S. auch BGHZ 102, 350 (354) – *Waldschäden*; zum Klimawandel in tats. Hinsicht *Schirmer*, JZ 2021, S. 1103; vgl. *Chong*, GYIL 2020, S. 504 a.E.; *Nollkaemper/d'Aspremont*, EJIL 2020, S. 26; Ziff. 8 zu Prinzip 2, S. 28; Ziff. 11 zu Prinzip 2).

110 Insb. *Mayer*, AJIL 2021, S. 422.

Auch das vom EGMR anerkannte Vorsorgeprinzip senkt nur den Beweismaßstab bei unsicherer Kausalität ab.¹¹¹ Beim Klimawandel besteht hingegen gar keine Unsicherheit darüber, dass erst das *Zusammenspiel* verschiedenster Akteure, somit auch das Unterlassen diverser Staaten, Emissionen zu verhindern, die Gefahr erzeugt. Das Vorsorgeprinzip kann (für sich) also nicht die Kausalität des Unterlassens eines Staates für die Rechtsbeeinträchtigung begründen.

2. Stellungnahme

In solchen Konstellationen wird im deutschen Recht kumulative oder alternative Kausalität angenommen, wonach letztlich nicht der abstrakte, sondern der im konkreten Geschehensablauf eingetretene Schaden maßgeblich ist.¹¹² Unter welchen exakten Voraussetzungen hiernach Kausalität zu bejahen ist, ist eine äußerst komplexe Frage,¹¹³ die hier nicht weiter ausgeführt werden kann. Es soll aber angenommen werden, dass *jede* Emission, die zu verhindern ein Staat unterlassen hat, einen *Anteil* am Klimawandel trägt, mithin nach der deutschen Dogmatik kausal wäre: Denn jede Emission führt zu etwas früher eintretenden Konsequenzen für das Klima, also einem anderen Kausalverlauf – sie kann nicht hinweggedacht werden, ohne dass der Klimawandel in seiner ganz konkreten Gestalt entfiele.¹¹⁴ Würde etwa Deutschland seine Emissionen reduzieren, sänke in Zukunft die ausgestoßene Menge an Treibhausgas und einzelne Klimaänderungen träten etwas verzögert ein,¹¹⁵ es läge also ein anderer Schaden vor. Der „Eintritt des Klimawandels“ zieht sodann, nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen, mit hoher Wahrscheinlichkeit Schäden für die menschenrechtlich geschützten Rechtsgüter nach sich¹¹⁶ – die Emissionen setzen mithin eine Kausalkette in Gang, die in der Beeinträchtigung der genannten Menschenrechte resultiert. Damit ist nun zu prüfen, ob eine solch „anteilige Kausalität“ auch im Völkerrecht Anwendung findet und genügt, um die Staatenverantwortung für ein entsprechendes Unterlassen zu begründen.¹¹⁷

111 EGMR, *Tatar* (Fn. 103), Rn. 107; vgl. *Fadeyeva* (Fn. 59), Rn. 87 f.; i.d.S. auch *Enderle*, DÖV 2023, S. 375 f. Hierzu insgesamt sowie teils darauf abstellend *Hänni*, EuGRZ 2019, S. 14. Siehe hierzu hingegen sogleich, Fn. 116.

112 Siehe nur *Looschelders*, § 45 Rn. 11; *Zieschang*, Rn. 73 ff., 598 f.

113 Siehe dazu insb. *Spindler*, in beckOGK-BGB, § 840 Rn. 805–805 m.w.N. zum Streitstand; ablehnend insb. LG Essen, ZUR 2017, 370 (Rn. 40 ff.), Berufung anhängig, s. OLG Hamm (Beweisbeschl.), ZUR 2018, 118; offengelassen von LG Braunschweig, KlimR 2023, 88 (Rn. 72).

114 I.d.S. auch *Schirmer*, JZ 2021, S. 1102 f. m.w.N.; insb. auch OLG Hamm (Beweisbeschl.), ZUR 2018, 118.

115 Hoge Raad, *Urgenda* (Fn. 14), Rn. 5.7.8; vgl. auch IPCC, Synthesis Report of the IPCC Sixth Assessment Report (Fn. 66), S. 46 f.

116 IPCC, Synthesis Report of the IPCC Sixth Assessment Report (Fn. 66), S. 15–17, 36 f.; insoweit kann auf das Vorsorgeprinzip abgestellt werden, s. Fn. 111; s. i.Ü. *Gross*, in: Kahl/Weller (Hrsg.), Rn. 41 m.w.N.; sowie Fn. 73.

117 Bejahend *Stahl*, S. 173; *Nollkaemper/d'Aspremont et al.*, EJIL 2020, S. 16, 23 ff.: Principle 2, insb. Ziff. 4 dazu; zur Problematik *Plakokefalos*, EJIL 2015, S. 472 f., 492 („complementary causation“); *Bollecker-Stern*, S. 281.

Das klimarechtliche Prinzip der gemeinsamen, aber geteilten Verantwortung der Art. 3 Ziff. 1 UNFCCC, 2 Abs. 2 PÜ¹¹⁸ hilft hier nicht weiter. Es ist schon unklar, ob dies überhaupt Fragen der Staatenverantwortlichkeit betrifft;¹¹⁹ jedenfalls sind ihm keine Aussagen über Kausalitätsfragen zu entnehmen, denn es regelt allenfalls Bemühensverpflichtungen auf Primärebene. Auch der Artikelentwurf über die Staatenverantwortlichkeit (ARS)¹²⁰ ist wenig hilfreich: Art. 47 ARS regelt die Verantwortlichkeit mehrerer Staaten für *dieselbe Handlung*, nicht für denselben durch mehrere Handlungen oder Unterlassungen hervorgerufenen Schaden.¹²¹ Die hier relevanten Primärpflichten sind dort ohnehin nicht näher geregelt.¹²² Fragen anteiliger Schadensverursachung sind in den ARS im Übrigen generell wenig klar beantwortet,¹²³ was zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten geführt hat.¹²⁴

Schließlich¹²⁵ findet sich aber in den meisten, wenn nicht allen nationalen Zivilrechtsordnungen¹²⁶ eine Norm, wonach bei solch einer anteiligen Schadensverursachung die Schädiger entweder gemeinschaftlich oder zumindest ihren Anteilen nach haften.¹²⁷ Für den kontinentaleuropäischen (*civil law*) Rechtskreis können beispielhaft Deutschland (§§ 830 Abs. 1, 840 Abs. 1 BGB)¹²⁸ und Frankreich (aus Art. 1240, 1241 Code civil abgeleitet)¹²⁹ genannt werden. Im *Common-Law*-Rechtskreis sind etwa England¹³⁰ oder die USA¹³¹ zu nennen. Auch die modernen islamischen Rechtsordnungen kennen, bei gleicher Schuld der Schädiger, gemeinschaftliche Haftung, wenn mehrere Personen die Schadensursache gesetzt haben.¹³² Dieser Grund-

118 Dazu näher unter B. III. 2. a); dies wohl aber heranziehend *Hänni*, EuGRZ 2019, S. 16; sowie die Bf. in *KlimaSeniorinnen*, s. die mündl. Verh. (s. Fn. 16) („fair share“-Prinzip); ausdr. bezugnehmend auf *Rajamani/Jeffery et al.*, Climate Policy 2021, S. 988 ff., insb. 990.

119 Vgl. *Nègre*, in: Crawford/Pellet/Olleson (Hrsg.), S. 805 f.

120 Artikelentwurf über die Verantwortlichkeit der Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen vom 12.12.2001, Res. d. GV 56/83 v. 28.1.2002.

121 *Verheyen*, S. 269.

122 *Gattini*, in: Nollkaemper/Plakokefalos (Hrsg.), S. 26, 28; *Crawford*, S. 215.

123 Siehe insb. *ILC*, Yearbook 2001, Bd. II/2, 125 (Ziff. 13 zu Art. 44 ARS bzw. Ziff. 12 zu Art. 31 ARS); dazu *Nollkaemper/d'Aspremont et al.*, EJIL 2020, S. 15; *Crawford*, S. 495 f.; *Plakokefalos*, EJIL 2015, S. 480 f.

124 Siehe speziell zur Klimaschutzproblematik: *Cole*, in: Nollkaemper/Jacobs (Hrsg.), S. 308 m.w.N.; *Mayer*, AJIL 2021, S. 430.

125 Zum subsidiären Charakter s. *Verdross/Simma*, § 608; s. dagegen aber *Métall*, in: *Métall* (Hrsg.), S. 239.

126 Zur Bedeutung d. ZivilR bei Staatenverantw. allg. *Plakokefalos*, EJIL 2015, S. 475 f.; sowie bereits *Lauterpacht*, S. 134 f. (§ 58).

127 Sondervotum *Simma* zu IGH, Ur. v. 6.11.2003, *Oil Platforms (Merits)*, Reports 2003, 161/324 (Rn. 66–72); s. auch *Honoré*, in: Int. Enc. Comp. L. XI, Kap. 7 Rn. 115.

128 Siehe *Spindler*, in: BeckOK, § 830 BGB Rn. 31.

129 Klassisch Cass. 2^e civ., Ur. v. 10.2.1966, Bulletin civil, II, Nr. 199; s. *Malaurie/Aynès*, Rn. 94.

130 *Sienkiewicz (Administratrix of the Estate of Enid Costello Deceased) v Greif (UK) Limited*, [2011] UKSC 10 (Rn. 160 f. m.w.N.); dazu *Hänni*, EuGRZ 2019, 1 (15 f.); allg. *Deakin/Johnston/Markesinis*, S. 193 f.

131 Etwa *Maddux v. Donaldson*, 362 Mich. 425 (1961) (434); *Deakin/Johnston/Markesinis*, S. 253 f. (Kapitel von D.W. Roberts).

132 *Chebata*, RIDC 1967, S. 903 f.

satz bildet damit einen allgemeinen Rechtsgrundsatz im Sinne des Art. 38 Abs. 1 lit. c) IGH-Statut,¹³³ ohne dass es darauf ankäme, ob seine genaue Ausprägung in allen Rechtsordnungen die gleiche ist.¹³⁴ Im Ergebnis scheint der IGH ebenfalls von einem solchen Grundsatz auszugehen,¹³⁵ auch wenn die internationale Spruchpraxis insgesamt uneinheitlich ist.¹³⁶

Ob diese Haftung generell gemeinschaftlich oder anteilig ist, führt hier zu weit und kann auch offenbleiben. Es kommt nämlich ohnehin nur anteilige Haftung in Frage,¹³⁷ da jeder Staat von vornherein nur für solche Emissionen haften kann, die von seinem Staatsgebiet ausgehen¹³⁸ – einem Anteil der insgesamt schädlichen Emissionen.

3. Zwischenergebnis

Folglich kann die Verantwortlichkeit des Staates für Unterlassen angesichts des Klimawandels – das Bestehen einer Schutzpflicht also – nicht unter Verweis auf fehlende Kausalität abgelehnt werden. Somit bestehen dem Grunde nach Schutzpflichten konkreter Staaten.

III. Inhalt der Schutzpflichten

Nun ist die entscheidende Frage nach deren Inhalt zu klären.¹³⁹ Denn *irgendwelche* Klimaschutzmaßnahmen ergreift jeder Staat. Werden die je getroffenen staatlichen Maßnahmen aus menschenrechtlicher Sicht als genügend angesehen,¹⁴⁰ so läuft die Schutzpflicht in der Sache leer.

133 Ebenso Sondervotum *Simma*, *Oil Platforms (Merits)* (Fn. 127), Rn. 73; zust. *Lanovoy*, S. 73; a.A. aufgrund fehlender (Staaten-)Praxis *Brownlie*, S. 189; diese ist jedoch weniger als bei gewohnheitsrechtlichen Normen erforderlich, s. *Weiß*, AVR 2001, S. 403, 407 f.

134 *Weiß*, AVR 2001, S. 407; *Hobe*, S. 172.

135 Siehe IGH, Urt. v. 9.4.1949, *Corfu Channel (Merits)*, Reports, 1949, 4 (23); mit Sondervotum *Ečer* zum Urt. v. 15.12.1949, *Corfu Channel (Compensation)*, Reports 1949, 244/252 (254); und *Lanovoy*, S. 72. Ausdr. offengelassen in IGH, Urt. v. 26.6.1992, *Phosphate Lands in Nauru*, Reports 1992, 240 (Rn. 48, 56); dazu aber der Vergleich, ILM 32 (1993), 1471. Dazu insg. *Crawford*, S. 330 f. Vgl. auch IGH, *Bosnian Genocide (Merits)* (Fn. 102), Rn. 430: “the possibility remains that the *combined effort* of several States [...] might have achieved the result” (Herv. M.J.).

136 *Lanovoy*, S. 69–71; *Plakokefalos*, EJIL 2015, S. 483–485, je m.w.N.

137 I.d.S. Hoge Raad, *Urgenda* (Fn. 14), Rn. 5.7.1, 5.7.6 f.; i.E. auch *Hänni*, EuGRZ 2019, S. 14–16; *Fernández Egea*, in: Maljean-Dubois/Rajamani (Hrsg.), S. 398; spez. für den Klimawandel als Ausnahme bei *Nollkaemper/d’Aspremont*, EJIL 2020, S. 58 f.: Ziff. 12 f. zu Prinzip 10); allg. angenommen auch bei *Bollecker-Stern*, S. 283 f. So i.E. auch bzgl. Umweltschäden i.R.d. Golfkrieges 1990/91, UNCC, Report Concerning Part One of the “F4” Claims, S/AC.26/2004/16, Rn. 40; UNCC, Report Concerning Part Two of the “F4” Claims, S/AC.26/2004/17, Rn. 36.

138 Vgl. *Hakimi*, EJIL 2010, S. 360 f.

139 Dies ebenfalls als Kernproblem identifizierend *Mayer*, ICLQ 2023, S. 239–241.

140 So für die Schutzpflichten nach dem GG: BVerfGE 157, 30 (Rn. 151 ff., 172) – *Klimaschutz*.

Nach der Umweltrechtsprechung des EGMR verpflichten Art. 2 Abs. 1 S. 1, 8 Abs. 1 EMRK und 1 Abs. 1 ZP I die Staaten, „vernünftige und angemessene Maßnahmen“ zu ergreifen¹⁴¹ sowie gesetzliche und verwaltungsmäßige Vorschriften zu schaffen, um Schäden an den geschützten Gütern effektiv vorzubeugen.¹⁴² Dabei kommt dem Staat jedoch ein Beurteilungsspielraum zu.¹⁴³ Allgemeiner wird diese staatliche Pflicht mit dem Begriff der erforderlichen Sorgfalt (*due diligence*) zusammengefasst.¹⁴⁴ Die getroffenen Maßnahmen müssen auf die konkret in Rede stehende gefährliche Tätigkeit zugeschnitten sein.¹⁴⁵ Im Einzelnen nennt der EGMR: Information der Öffentlichkeit über die Gefahr,¹⁴⁶ gesichert durch ein effektives und zugängliches Verfahren;¹⁴⁷ Evaluation der Gefahr;¹⁴⁸ Regulierung der Tätigkeit, flankiert durch Durchsetzungsmechanismen, insbesondere straf- und zivilrechtliche Sanktionen, um eine effektive Abschreckung vor Rechtsverletzungen zu erreichen.¹⁴⁹

Bei der Übertragung auf den Klimawandel ist nun zu unterscheiden zwischen zwei Arten von Maßnahmen, durch die die betroffenen Menschenrechte geschützt werden können: solche, durch die die *Auswirkungen* des Klimawandels gemildert werden („Anpassungsmaßnahmen“), und solche, durch die der *Klimawandel selbst* gemildert wird („Milderungsmaßnahmen“).¹⁵⁰

1. Anpassungsmaßnahmen

Soweit es um Anpassungsmaßnahmen geht, können die Grundsätze aus der Umweltrechtsprechung des EGMR übertragen werden. Denn es macht keinen Unterschied, ob ein Staat verpflichtet ist, vor „normalen“ Umweltkatastrophen zu schützen oder vor solchen, die durch den Klimawandel hervorgerufen werden.¹⁵¹ Dies ergibt sich schon daraus, dass regelmäßig überhaupt nicht festgestellt werden kann, ob eine konkrete Katastrophe *durch* den Klimawandel hervorgerufen wurde oder

141 EGMR, *Tätar* (Fn. 103), Rn. 87; *Brincat u.a.* (Fn. 43), Rn. 102; *Cordella u.a.* (Fn. 59), Rn. 158.

142 EGMR, *Budayeva* (Fn. 50), Rn. 129; *Tätar* (Fn. 103), Rn. 88; *Kolyadenko u.a.* (Fn. 43), Rn. 157.

143 EGMR, *Hatton u.a.* (Fn. 42), Rn. 97; *Kolyadenko u.a.* (Fn. 43), Rn. 160.

144 IGH, *Bosnian Genocide (Merits)* (Fn. 102), Rn. 430; *Hänni*, EuGRZ 2020, 616 (619); vgl. HRC, *Teitiota* (Fn. 15), Rn. 9.11 f.

145 EGMR, *Öneryıldız* (Fn. 43), Rn. 90; *Tätar* (Fn. 103), Rn. 88; *Kolyadenko u.a.* (Fn. 43), Rn. 159; *Brincat u.a.* (Fn. 43), Rn. 102.

146 EGMR, *Guerra u.a.* (Fn. 47), Rn. 60; *Tätar* (Fn. 103), Rn. 88; *Kolyadenko u.a.* (Fn. 43), Rn. 159; *Brincat u.a.* (Fn. 43), Rn. 102.

147 EGMR, *Roche* (Fn. 60), Rn. 161 f.

148 EGMR, *Kolyadenko u.a.* (Fn. 43), Rn. 159.

149 EGMR, *Öneryıldız* (Fn. 43), Rn. 89, 136; *Tätar* (Fn. 103), Rn. 88; vgl. auch *Brincat u.a.* (Fn. 43), Rn. 102.

150 So insb. Mayer, AJIL 2021, S. 415 f.; *Zahar*, EJIL 2022, S. 954 f.; ebenso BVerfGE 157, 30 (Rn. 144, 149 f.) – *Klimaschutz*.

151 *Zahar*, EJIL 2022, S. 954.

ohnehin eingetreten wäre – klar ist nur, dass durch den Klimawandel diese Katastrophen häufiger und stärker auftreten.

Danach muss der Staat also die Gefahr evaluieren und die Öffentlichkeit über sie informieren. Je nach Gewicht der betroffenen Rechtsgüter kann ihn außerdem die Pflicht treffen, weitere konkrete Schritte zu unternehmen, um den durch den Klimawandel erhöhten Risiken zu begegnen. Zu denken wäre etwa an Hochwasserschutzmaßnahmen oder auch die Bereitstellung von „Kühlräumen“¹⁵² an besonders heißen Tagen.

2. Milderungsmaßnahmen

Problematischer ist hingegen die Frage, ob aus den menschenrechtlichen Schutzpflichten auch die Pflicht folgt, Maßnahmen zur Milderung des Klimawandels, „echte“ Klimaschutzmaßnahmen, zu treffen. Dies liegt vor allem daran, dass Wirkung und Effekt einzelner Maßnahmen sehr viel diffuser sind: Während eine Anpassungsmaßnahme konkreten Personen konkreten Schutz gewährt, mag eine Milderungsmaßnahme, etwa die Reduktion des Treibhausgasausstoßes, zwar insgesamt einen positiven Effekt auf das Klima haben, doch ist unklar, welche Menschen davon auf welche Weise profitieren.¹⁵³ Andererseits sind dies die Maßnahmen, die notwendig sind, um Rechtsbeeinträchtigungen effektiv zu verhindern, da Anpassungsmaßnahmen nur bedingten Schutz gewährleisten können.¹⁵⁴

Um diese Probleme in den Griff zu bekommen, bietet es sich an, die als grundsätzlich bestehend festgestellten Schutzpflichten im Lichte der heutigen Probleme, also dynamisch,¹⁵⁵ und dabei unter Berücksichtigung des internationalen Klimaschutzrechts, das heißt nach Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK, auszulegen. Dies entspricht allgemein (noch nicht bezüglich des Klimawandels) der Rechtsprechung des EGMR,¹⁵⁶ wird aber auch in der Literatur betont.¹⁵⁷ Da gemäß Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK nur „zwischen den Vertragsparteien anwendbare einschlägige“ Normen zu berücksichtigen sind,¹⁵⁸ werden hier nur die für alle Staaten verbindlichen Normen des Gewohnheitsrechts sowie quasi-universelle Verträge betrachtet: das „allgemeine Klimavölkerrecht“.

152 Siehe *Meko/Grollón Paz*, New York City Opens Cooling Centers as It Braces for a Heat Wave, New York Times v. 19.7.2022, abrufbar unter: <https://www.nytimes.com/2022/07/19/nyregion/weather-new-york-cooling-centers.html> (31.5.2023).

153 Dies hervorhebend *Mayer*, AJIL 2021, S. 416.

154 Siehe IPCC, Synthesis Report of the IPCC Sixth Assessment Report (Fn. 66), S. 22 f., 28.

155 Siehe EGMR, Urt. v. 25.4.1978, Nr. 5856/72, *Tyrer*, Series A Nr. 26 = EGMR-E 1, 268 (Rn. 31); allg. auch *Schilling*, Rn. 45; spez. zum Klimaschutz *Enders*, DÖV 2023, S. 379 f.

156 Etwa EGMR, Urt. v. 12.9.2012, Nr. 10593/08, *Nada*, Reports 2012-V, 115 = NJOZ 2013, 1183 (Rn. 169); Urt. v. 23.2.2012, Nr. 27765/09, *Hirsi Jamaa u.a.*, Reports 2012-II, 1 = NVwZ 2012, 809 (Rn. 170); Urt. v. 12.11.2008, Nr. 34503/97, *Demir und Baykara*, Reports 2008-V, 333 = NZA 2010, 1425 (Rn. 67, 85 f.).

157 *Mayer*, AJIL 2021, S. 436 f.; implizit *Heri*, EJIL 2022, S. 934 f.; *Hänni*, EuGRZ 2019, S. 10 f.

158 *McLachlan*, ICLQ 2005, S. 314 f.; s. jedoch *Hänni*, EuGRZ 2019, S. 10–12.

a) Allgemeines Klimavölkerrecht

Bereits 1941 wurde – im Bereich von Umweltschäden – das Schädigungsverbot durch ein amerikanisch-kanadisches Schiedsgericht im *Trail-Smelter-Fall* anerkannt.¹⁵⁹ Dieses Prinzip hat der IGH in allgemeiner Form als Norm des Gewohnheitsrechts anerkannt,¹⁶⁰ die damit für alle Staaten verbindlich ist; er hat es in diversen umweltrechtlichen Fällen angewandt und fortentwickelt.¹⁶¹ Das Schädigungsverbot besagt, dass jeder Staat gehalten ist, vorhersehbare und von seinem Gebiet ausgehende Schädigungen anderer Staaten zu verhindern, und zwar auch dann, wenn diese von Privaten ausgehen.¹⁶² Dazu hat er die je erforderliche Sorgfalt (*due diligence*) aufzuwenden.¹⁶³ Positiv gewendet trifft ihn also ein „Präventionsgebot“.¹⁶⁴ Mittlerweile wird in der Literatur davon ausgegangen, dass auch Treibhausgasemissionen solche Schäden darstellen können.¹⁶⁵ Aus dieser Sorgfaltspflicht leitet die völkerrechtliche Rechtsprechung nun weiter das Vorbeugeprinzip ab, das den Staat noch genereller verpflichtet, Schäden anderer Staaten und ihrer Umwelt von seinem Gebiet aus zu unterbinden.¹⁶⁶ Dies führt sogar dazu, dass jeder Staat verpflichtet ist, eine Umweltverträglichkeitsprüfung aller Vorhaben vorzunehmen, von denen ein grenzüberschreitender Schaden ausgehen könnte.¹⁶⁷

Ebenfalls gewohnheitsrechtlich gilt, dass geteilte Ressourcen nur so genutzt werden dürfen, dass andere Staaten nicht geschädigt werden.¹⁶⁸ Dazu hat jeder Staat mit seinen Nachbarn Verhandlungen über die Nutzung der gemeinsamen Ressourcen zu führen.¹⁶⁹ Es gibt also eine völkerrechtliche Kooperationspflicht.¹⁷⁰ Als solch eine geteilte Ressource sieht die *International Law Commission* auch die Erdatmo-

159 Schiedsspr. v. 11.3.1941, *Trail Smelter*, RIAA III, 1905 (1963–1965).

160 IGH, *Corfu Channel (Merits)* (Fn. 135), S. 22.

161 IGH, *Nuclear Weapons* (Fn. 85), Rn. 29; Urt. v. 20.4.2010, *Pulp Mills*, Reports 2010, 14 (Rn. 101); Urt. v. 16.12.2015, *Construction of a Road*, Reports 2015, 665 (Rn. 104).

162 *Trail Smelter* (Fn. 159), S. 1965; IGH, *Corfu Channel (Merits)* (Fn. 135), S. 22.

163 IGH, *Pulp Mills* (Fn. 161), Rn. 101; *Construction of a Road* (Fn. 161), Rn. 104; dazu Chong, GYIL 2020, S. 495 f.

164 I.d.S. Birkner, in Ipsen-Völkerrecht, § 53 Rn. 34 a.E.

165 Chong, GYIL 2020, S. 484; näher Brunnée, RdC 2020, S. 165 ff.; Anknüpfungspunkt ist IGH, *Nuclear Weapons* (Fn. 85), Rn. 35.

166 IGH, *Pulp Mills* (Fn. 161), Rn. 101; *Construction of a Road* (Fn. 161), Rn. 104; weitergehend (Vorsorgeprinzip): ISGH, *Responsibilities and Obligations in the Area* (Fn. 103), Rn. 131; dazu Chong, GYIL 2020, S. 495 f.; Kerbrat/Maljean-Dubois, Clunet 2018, S. 1139 f.

167 IGH, *Pulp Mills* (Fn. 161), Rn. 203–205; *Construction of a Road* (Fn. 161), Rn. 104; vgl. bereits IGH, Urt. v. 25.9.1997, *Gabčíkovo-Nagymaros*, Reports 1997, 7 (Rn. 140); dazu Proelß, in: Graf Vitzthum/Proelß (Hrsg.), Rn. 109.

168 Schiedsspr. v. 16.11.1957, *Lac Lanoux*, RIAA XII, 281 (308) = ILR 1957, 101 (129 f.); IGH, *Gabčíkovo-Nagymaros* (Fn. 167), Rn. 85 f.; vgl. bereits StIGH, Urt. v. 20.9.1929, *Oder Commission*, Series A Nr. 23, S. 27.

169 IGH, *Gabčíkovo-Nagymaros* (Fn. 167), Rn. 140 f.; vgl. *Lac Lanoux* (Fn. 168), RIAA XII, 281 (308) = ILR 1957, 101 (130).

170 Siehe auch Art. 4 Artikelentwurf Verhütung grenzüberschreitender Schäden (Fn. 103).

sphäre an, wozu als Teil derselben auch das verbleibende „CO₂-Budget“ gerechnet werden muss.¹⁷¹

Schließlich lassen sich auch das UNFCCC und PÜ aufgrund ihrer quasi-universellen Ratifizierung dem allgemeinen Klimavölkerrecht zurechnen.¹⁷² Diese stellen den bereits genannten Prinzipien insbesondere das Prinzip gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortung an die Seite (Art. 3 Ziff. 1 UNFCCC, 2 Abs. 2 PÜ). Danach sind alle Staaten (*gemeinsam*) für den Klimaschutz verantwortlich. Doch treffen die entwickelten Staaten weitergehende (*unterschiedliche*) Pflichten zur Bekämpfung des Klimawandels, weil sie höhere Anteile an seiner Verursachung haben und leistungsfähiger bei seiner Bekämpfung sind.¹⁷³ Hierzu haben die Staaten nach Art. 3 S. 1 PÜ „national festgelegte Beiträge“ (*nationally determined contributions* – NDCs) zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten, insbesondere die Reduktion von Treibhausgasemissionen (Art. 4 PÜ). Wie hoch diese Beiträge ausfallen, entscheiden die Staaten selbst, sie sollen jedoch immer „ambitionierter“ sein (Art. 3 S. 2 PÜ).

b) Integration in die menschenrechtliche Schutzpflicht

Diese Grundsätze sind nun bei der Auslegung der Schutzpflichten nach Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK „zu berücksichtigen“, nicht jedoch vollständig zu übernehmen.¹⁷⁴ Nationale Gerichte können allerdings durchaus höhere als die völkerrechtlich gebotenen Mindeststandards anlegen, insbesondere, indem sie völkerrechtliche Beurteilungsspielräume ausfüllen,¹⁷⁵ wenn ihr innerstaatliches Recht dies zulässt.

Demnach ist also innerhalb des jeweiligen menschenrechtlichen Vertrags zu prüfen, inwiefern die Schutzpflichten den Staaten Beachtung der klimarechtlichen Pflichten abverlangen, und zwar unter Zuhilfenahme der allgemeinen Auslegungsmethoden, also in erster Linie nach Ziel und Zweck des Vertrages (Art. 31 Abs. 1 WVK) – dem möglichst effektiven Schutz einzelner Menschen.¹⁷⁶

(1) Allgemeine Pflichten

Zunächst ist zu beachten, dass viele Milderungsmaßnahmen keinen direkten Effekt auf den Genuss der durch den Klimawandel betroffenen Menschenrechte haben.¹⁷⁷

171 Siehe insb. Richtlinie 5 Abs. 1 der Draft guidelines on the protection of the atmosphere; dazu *ILC*, Report of the seventy-second session, A/76/10, Rn. 40 (Ziff. 1 zu Richtlinie 5, s. auch Ziff. 3 zu Richtlinie 7); vgl. auch *Hänni*, EuGRZ 2020, S. 630; *McKinnon*, Climate Change 2015, S. 375 f.

172 Siehe *Nollkaemper*, in: EPIL, Rn. 23 f.; *Brunnée/Campbell-Durufle*, in: EPIL, Rn. 23.

173 *Birkner*, in: Ipsen-Völkerrecht, § 53 Rn. 38; *Hey/Paulini*, in: EPIL, Rn. 5.

174 *Mayer*, AJIL 2021, S. 442–444; unklar *Chong*, GYIL 2020, S. 489, 507 dagegen S. 492. Zur weiteren Begründung auch: IGH, *Pulp Mills* (Fn. 161), Rn. 66; Urt. v. 17.7.2019, *Jadhav*, Reports 2019, 418 (Rn. 36 f.); ausf. *Rachovitsa*, ICLQ 2017, S. 561 ff.

175 So wohl Hoge Raad, *Urgenda* (Fn. 14), Rn. 5.3.2, 5.8; vgl. *Lieby*, RIDE 2020, S. 21 f.

176 Etwa EGMR, Urt. v. 7.1.2010, Nr. 25965/04, *Rantsev*, Reports 2010-I, 65 = NJW 2010, 3003 (Rn. 275); *Kälin/Künzli*, Rn. 101.

177 *Mayer*, AJIL 2021, S. 433; *Zahar*, EJIL 2022, S. 956.

Da der Klimawandel ein globales Problem ist, ist globales Handeln erforderlich und für den Schutz der Menschenrechte am effektivsten. Daher überzeugt es, dass die Staaten auch menschenrechtlich zu Verhandlungen nach Treu und Glauben über entsprechendes internationales Handeln verpflichtet sind,¹⁷⁸ also auch menschenrechtlich Kooperationspflichten existieren.

Das Schädigungsverbot und die daraus abgeleiteten Prinzipien dienen primär dem Schutz *anderer* Staaten sowie der Umwelt als solcher,¹⁷⁹ nicht aber der eigenen Staatsangehörigen. Insofern können hieraus keine unmittelbaren Schutzpflichten abgeleitet werden; es führt an dieser Stelle¹⁸⁰ also nicht weiter. Allerdings leitet der EGMR das noch weitergehende Vorsorgeprinzip auch unabhängig davon unmittelbar aus den konventionsrechtlichen Schutzpflichten ab.¹⁸¹ Dies überzeugt, da beiden die allgemeine Sorgfaltspflicht zugrunde liegt. Daraus lässt sich die staatliche Pflicht begründen, die Gefahren des Klimawandels und die eigenen Maßnahmen zu seiner Bekämpfung zu evaluieren.¹⁸²

Weiter übernehmen die Staaten nach Art. 2 Abs. 1, Art. 3 PÜ „bloß“ Bemühensverpflichtungen. Doch bedeutet die Transparenz der mitgeteilten NDCs zur Bekämpfung des Klimawandels, dass deren Höhe maßgeblich das Verhalten der anderen Staaten zu beeinflussen geeignet ist.¹⁸³ Daraus lässt sich folgern, dass ein gewisses Mindestmaß an Bemühen zu fordern ist, nicht um *unmittelbar* die eigenen menschenrechtlichen Schutzpflichten zu erfüllen, sondern um die internationalen Bemühungen anzutreiben und damit *mittelbar* ein global insgesamt effektives Handeln zu erreichen.¹⁸⁴

(2) Besondere Pflichten durch Einbezug nationalen Rechts

Nach der EGMR-Rechtsprechung ist jedoch weiter die nationale Rechtmäßigkeit des Unterlassens relevant.¹⁸⁵ Dies ist letztlich damit zu begründen, dass die Schutzpflichten einen Interessenausgleich erfordern, der prinzipiell dem staatlichen Beurteilungsspielraum unterliegt, durch dessen Ausübung aber auch indiziert wird.¹⁸⁶ Hierzu sind die übermittelten NDCs selbst zu betrachten. Diese sind zwar völkerrechtlich unverbindlich, denn die Staaten sind nach Art. 4 Abs. 2 PÜ „nur“ verpflichtet, sich um ihre Erreichung zu bemühen. Dies geht klar aus dem authentischen Wortlaut – „with the aim of achieving“/„en vue de réaliser“ – hervor.¹⁸⁷

178 Mayer, AJIL 2021, S. 433; i.d.S. auch BVerfGE 157, 30 (Rn. 200 ff.) – Klimaschutz; dazu Jahn, ZaöRV 2022, S. 51, 56 ff.

179 Siehe näher unter B. III. 2. a), insb. Fn. 162, 166, 167.

180 Siehe jedoch sogleich, unter C. I. 2.

181 Etwa EGMR, *Tătar* (Fn. 103), Rn. 107; Öneriyıldız (Fn. 43), Rn. 90; s. Hänni, EuGRZ 2019, S. 8; Peters, AVR 2021, S. 173.

182 So i.E. auch *Earthlife Africa Johannesburg v Minister of Environmental Affairs (Thabametsi Case)*, [2017] JOL 37526 (GP) (Rn. 78); dazu Jegede, IHRLR 2020, S. 201.

183 BVerfGE 157, 30 (Rn. 204) – Klimaschutz; dazu auch Hänni, EuGRZ 2020, 616 (620).

184 Siehe insb. Mayer, AJIL 115 (2021), 409 (433 ff.).

185 EGMR, *Budayeva* (Fn. 50), Rn. 136; *Kolyadenko u.a.* (Fn. 43), Rn. 161; *Brincat u.a.* (Fn. 43), Rn. 101.

186 Siehe EGMR, *Hatton* (Fn. 42), Rn. 119 f.; vgl. EGMR, *López Ostra* (Fn. 47), Rn. 51, 54 f.

187 Böhringer, ZaöRV 2016, S. 780; Bodansky, AJIL 2016, S. 297.

Doch ist deren innerstaatliche Verbindlichkeit bedeutend. Diese kann hier nur beispielhaft für die Bundesrepublik Deutschland (im Rahmen der EU) dargestellt werden: Die EU hat für alle ihre Mitgliedstaaten gemeinsame NDCs übermittelt.¹⁸⁸ Diese wurden auf EU-Ebene insbesondere durch die – nach Art. 288 Abs. 2 S. 2 AEUV verbindlichen – Klimaschutz-Verordnung (KS-VO)¹⁸⁹ und „Europäisches Klimagesetz“-Verordnung (EKG-VO)¹⁹⁰ effektiert. Art. 2 Abs. 1 EKG-VO sieht eine verpflichtende Treibhausgasneutralität bis spätestens 2050 vor; Art. 4 Abs. 1 KS-VO und 4 Abs. 1 EKG-VO verpflichten Union und Mitgliedstaaten auf bestimmte Reduktionsziele.¹⁹¹ Daneben schreibt § 3 Abs. 2 S. 1 KSG¹⁹² Treibhausgasneutralität für die Bundesrepublik Deutschland bereits 2045 vor; konkrete Reduktionsziele sind in § 3 Abs. 1 KSG festgelegt. Andere Mitgliedstaaten haben teilweise vergleichbare Rechtsvorschriften erlassen.¹⁹³

Diese Vorgaben in die Milderungspflichten miteinzubeziehen, lässt sich weiter damit begründen, dass der Staat mit ihnen zum Ausdruck gebracht hat, welche Maßnahmen er selbst für angemessen hält, wie er selbst also seine Schutzpflichten interpretiert.¹⁹⁴ Dies bedeutet auch, dass Kompetenzfragen zwischen Judikative und Legislative nicht auftreten, da eine politische Lösung bereits erreicht wurde.¹⁹⁵ Zwar wollte der deutsche Gesetzgeber durch das KSG ausdrücklich keine subjektiven Rechte verleihen,¹⁹⁶ was § 4 Abs. 1 S. 10 KSG in Bezug auf das Gesetz selbst ausdrücklich benennt. Doch wird der drittschützende Charakter der EKG-VO sehr deutlich hervorgehoben,¹⁹⁷ so dass ihre Art. 2 Abs. 1 und 4 Abs. 1 als drittschützend auszulegen sind. Dies nötigt dann aber zu einer unionsrechtskonformen Auslegung des KSG, wonach es zwar nur objektivrechtlich gilt, aber einen drittschützenden Rechtsreflex beinhaltet.¹⁹⁸ Dieser Drittschutz ist in die Auslegung der menschenrechtlichen Schutzpflichten miteinzubeziehen, die dann (auch) diesen Inhalt erhal-

188 Submission by Germany and the European Commission on Behalf of the European Union and its Member States, 17.12.2020, abrufbar unter https://unfccc.int/sites/default/files/NDC/2022-06/EU_NDC_Submission_December%202020.pdf (31.5.2023).

189 Verordnung (EU) 2018/842 des Parlaments und des Rates vom 30.5.2018 zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 bis 2030 als Beitrag zur Klimaschutzmaßnahmen zwecks Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris [etc.], ABl. L 156/26.

190 Verordnung (EU) 2021/1119 des Parlaments und des Rates vom 30.6.2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirkung der Klimaneutralität [etc.], ABl. L 243/1.

191 Siehe *Stäsche*, EnWZ 2022, S. 210.

192 Bundes-Klimaschutzgesetz, BGBl. 2019 I, 2513 (Nr. 48), zul. geändert durch BGBl. 2021 I, 3905 (Nr. 59).

193 Z.B. Art. L 100-4 I. 1° (franz.) Code de l'énergie; dazu TA Paris, Urt. v. 14.10.2021, Nrn. 1904967 u.a., *L'affaire du siècle*, Rn. 5; CE, *C^{ne} de Grande-Synthe* (Fn. 70), Rn. 5 f.

194 Zum Staat als erstem Interpreten des Völkerrechts inkl. der menschenrechtlichen Schutzpflichten s. Fn. 64, 65.

195 Vgl. hierzu TPI Brüssel (Fn. 63), S. 80–82; *Juliana v. U.S.*, 947 F.3d 1159 (9th Cir. 2020) (1171 f.); dazu *N.N.*, HarvLR 134 (2021), S. 1933 ff.

196 Gesetzesbegründung der Bundesregierung, BT-Drs. 19/14338, S. 24 f.

197 Siehe insb. ErwG 2 S. 2, 5 S. 1, 6, 32 S. 1, 34 EKG-VO.

198 Vgl. i.d.S. (allerdings bzgl. der dt. Grundrechte) *Burgi*, NVwZ 2021, S. 1406, Fn. 57.

ten. Praktisch werden dadurch die objektivrechtlichen innerstaatlichen Pflichten menschenrechtlich radiziert und subjektiviert.

3. Abwägung

Schließlich ist eine Abwägung der betroffenen Rechtsgüter vorzunehmen, wie sich insbesondere aus Art. 8 Abs. 2 EMRK ergibt: Schutz von Leben, Gesundheit, Wohlbefinden und Eigentum einerseits, vor allem wirtschaftliche Interessen an der Ausübung der für das Klima gefährlichen Tätigkeit andererseits.¹⁹⁹ Hierbei sind ebenfalls das unterschiedliche Gewicht der im Einzelfall beeinträchtigten Rechtsgüter sowie eine etwaige Schutzbedürftigkeit einzubeziehen.

Durch Maßnahmen, die das Klima schützen sollen, werden häufig andere menschenrechtlich geschützte Rechtsgüter beeinträchtigt.²⁰⁰ So würde etwa durch das Verbot, Kohlekraftwerke zur Stromerzeugung zu nutzen, in das Eigentumsrecht der Betreiber eingegriffen.²⁰¹ Tatsächlich können klimaschädliche Tätigkeiten gesamtgesellschaftlich durchaus Nutzen bringen.²⁰² Es ist also praktische Konkordanz²⁰³ zwischen den beeinträchtigten Rechtsgütern und den erforderlichen Schutzmaßnahmen herzustellen.²⁰⁴

Die Abwägung ist selbstverständlich im jeweiligen Einzelfall vorzunehmen und ihr Ergebnis kann nicht allgemein vorweggenommen werden. Auch wurden Verhältnismäßigkeitserwägungen bereits miteinbezogen. Doch gilt es hier zumindest zu den Milderungsmaßnahmen zu bemerken, dass diese kaum schwerwiegende Eingriffe in andere Menschenrechte darstellen können, da dort ja „nur“ internationale Kooperation und Verhandlungen, Evaluierung der NDCs sowie Einhaltung des objektiven Rechts gefordert sind; letzteres muss natürlich selbst menschenrechtskonform sein. Hier wird die Abwägung sicher zugunsten der Klimaschutzmaßnahmen ausfallen. Dies kann bei Anpassungsmaßnahmen, die Dritte berühren, durchaus anders aussehen, etwa bei zum Küstenschutz erforderlichen Enteignungen.

4. Zwischenergebnis

Somit ist festzuhalten, dass die Staaten verpflichtet sind, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, das heißt zur Bekämpfung von dessen Auswirkungen auf die Bevölkerung, zu ergreifen. Daneben müssen sie Milderungsmaßnahmen, also Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels selbst treffen. Menschenrechtlich gefordert sind dabei jedoch „nur“ internationale Kooperation mit Verhandlungen

199 EGMR, *López Ostra* (Fn. 47), Rn. 51, 58; *Hatton u.a.* (Fn. 42), Rn. 101; *Roche* (Fn. 60), Rn. 157; *Jugheli u.a.* (Fn. 42), Rn. 64.

200 Mayer, AJIL 2021, S. 416 ff.; Boyle, in: Bodansky/Brunnée/Hey (Hrsg.), S. 141 f.

201 Vgl. BVerfGE 143, 246 (Rn. 228–230, 233 ff.) – *Atomausstieg*.

202 *Zabar*, EJIL 33 (2022), S. 958 f., mit Verweis auf *City of Oakland v. BP P.L.C.*, 325 F.Supp.3d 1017 (N.D. Cal. 2018) (1023, 1025); dazu *N.N.*, HarvLR 134 (2021), S. 1899.

203 Klassisch Hesse, Rn. 72; s. auch Alexy, S. 151 f.

204 So auch *Schmahl*, JZ 2022, S. 318; vgl. Burgi, NVwZ 2021, S. 1407 f.

nach Treu und Glauben, eine Evaluierung der eigenen Beiträge, die zumindest eine gewisse Höhe erreichen müssen, um entsprechende Anreize für andere Staaten zu setzen, sowie die die Einhaltung der selbst rechtsverbindlich eingegangenen Pflichten.

C. Extraterritoriale Anwendung

Nun ist weiter zu fragen, wer diese Schutzpflichten geltend machen kann. Aufgrund der globalen Dimension des Klimawandels sind nämlich zumindest von den Milderungsmaßnahmen eines Staates prinzipiell Menschen überall auf der Welt betroffen. Deshalb stellt sich die Frage, ob neben seinen Einwohnern auch andere Personen Schutzpflichten gegen einen Staat geltend machen können. Hiermit wird die Frage der extraterritorialen Geltung dieser menschenrechtlichen Pflichten aufgeworfen.

I. Grundsätze extraterritorialer Anwendung

Grundsätzlich sind Staaten nach Art. 1, 2 ARS für jedes Verhalten verantwortlich, das ihnen zuzurechnen ist, unabhängig davon, wo es gesetzt wurde.²⁰⁵ Allerdings ist der Anwendungsbereich der meisten menschenrechtlichen Verträge eingeschränkt, da sie entsprechende Bestimmungen enthalten (z.B. Art. 2 Abs. 1 IPbpr, Art. 1 EMRK oder Art. 2 Abs. 1 KRK) oder ihre materiellen Garantien solcherart auszulegen sind.²⁰⁶

Daher sind menschenrechtliche Verträge grundsätzlich auf eine territoriale Anwendung, das heißt den Schutz der Rechte auf eigenem Gebiet, beschränkt.²⁰⁷ Von diesem Grundsatz gibt es aber eine Reihe von Ausnahmen, in denen eine extraterritoriale Anwendung angenommen wird. Diese lassen sich grob in zwei Gruppen einteilen: die effektive Kontrolle des Staates über ein Gebiet (territoriale Anknüpfung, 1.) und die effektive Kontrolle über eine Person oder bestimmtes Handeln von Staatsorganen im Ausland (personale Anknüpfung, 2.).²⁰⁸ Da diese Fälle jedoch regelmäßig im Zuge von Abwehrrechten diskutiert werden, ist besonders zu unter-

205 Siehe nur IGH, Urt. v. 19.12.2005, *Congo (Merits)*, Reports 2005, 168 (Rn. 213); *Bosnian Genocide (Merits)* (Fn. 102), Rn. 397.

206 *Milanovic*, S. 17, 51 f.

207 EGMR, Entsch. v. 12.12.2001, Nr. 52207/99, Reports 2001-XII, 333 = EuGRZ 2002, 133 (Rn. 59–66, insb. 61) – *Banković u.a.*; IGH, *Construction of a Wall* (Fn. 13), Rn. 109; CRC, *Sacchi u.a.* (Fn. 15), Rn. 9.3); krit. zum Ansatz *Giegerich*, EuGRZ 2023, S. 25, der stattdessen den funktionalen Ansatz (ebd., S. 20, 24) favorisiert. Ambivalent *CESCR*, General Comment Nr. 24 (2017) on State obligations under the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights in the context of business activities, E/C.12/GC/24, Rn. 27; dazu näher und i.Ü. *Hennebel/Chassin/Tigroudja*, AFDI 2018, S. 538–545.

208 *Dopplinger*, EuGRZ 2021, S. 360; s. *Shany*, RdC 2020, S. 55 f., aber 70 ff.); zusammenfassend EGMR, Urt. v. 7.7.2011, Nr. 55721/07, *Al-Skeini*, Reports 2011-IV, 99 = NJW 2012, 283 (Rn. 130–142); Urt. v. 14.9.2022, Nrn. 24384/19, 44234/20, *H.F. u.a.* = NLMR 5/2022-EGMR (Rn. 184–188), je m.w.N.; s. auch HRC, Kommunikation Nr. 3043/2017, *A.S./Malta*, CCPR/C/128/D/3043/2017, 13.3.2020, Rn. 6.5; Kommunikation

suchen, inwieweit sie sich auf die hier diskutierten Schutzpflichten übertragen lassen.²⁰⁹ Die Rechtsprechung bietet gerade im Umweltbereich bislang nur wenige Anhaltspunkte.²¹⁰

1. Territoriale Anknüpfung

Die erste Fallgruppe betrifft die effektive Kontrolle über ein Gebiet, was vor allem Konstellationen militärischer Besetzung betrifft.²¹¹

Hier stellen sich auch für die Anwendbarkeit positiver Schutzpflichten keine besonderen Herausforderungen. Kontrolliert ein Staat ein Gebiet effektiv und ist daher dort an Menschenrechte gebunden, so ist nicht ersichtlich, warum ihn nur negative Pflichten treffen sollten; es bestehen in dieser Konstellation mithin auch Schutzpflichten.²¹²

Da die Menschenrechte jedoch keine Verletzung sonstigen Völkerrechts fordern,²¹³ ist eine Einschränkung durch das Humanitäre Völkerrecht etwa in solchen Fällen denkbar, in denen die Schutzpflichten die Zerstörung von Einrichtungen im besetzten Gebiet erforderten, was nach Art. 53 GA IV²¹⁴ verboten ist.

2. Personale Anknüpfung

Ein größeres Problem stellt hingegen die personale Anknüpfung dar. Dabei geht es um die Frage, ob Personen gegen einen anderen als ihren Aufenthaltsstaat Schutz vor dem Klimawandel einfordern können. In abwehrrechtlichen Konstellationen wird dazu effektive Kontrolle des Staates über die betroffene Person gefordert.²¹⁵

a) Begründungsversuche für den Klimaschutz

Einen maßgeblichen Beitrag zu extraterritorialen Klimaschutzpflichten hat der (regionale) IAGMR mit seinem Gutachten von 2017 geleistet, in dem er die Extraterri-

Nr. 3042/2017, *A.S./Italien*, CCPR/C/130/D/3042/2017, 4.11.2020, Rn. 7.5 (künftig wird nur die Auff. gg. Malta zitiert, da beide im Wesentlichen wortgleich sind).

209 Zur Problematik *Shany*, RdC 2020, S. 43 f.

210 *Europarat*, S. 111 ff.; *Milanovic*, S. 127 (das dort erwähnte Verfahren wurde eingestellt, s. IGH, Beschl. v. 13.9.2013, *Aerial Herbicide Spraying*, Reports 2013, 278).

211 EGMR, Urt. v. 23.3.1995, Nr. 15318/89, *Loizidou (preliminary objections)*, Series A Nr. 310, Rn. 62; Urt. v. 8.7.2004, Nr. 48787/99, *Ilaşcu*, Reports 2004-VII, 1 = NJW 2005, 1849 (Rn. 314). Zu Schiffen und Luftfahrzeugen als weiterer (hier irrelevanten) Fallgruppe: EGMR, *Banković u.a.* (Fn. 207), Rn. 73; Urt. v. 29.3.2010, Nr. 3394/03, *Medvedyev u.a.*, Reports 2010-III, 1 = NJOZ 2011, 231 (Rn. 65).

212 Siehe ausdr. IGH, *Construction of a Wall* (Fn. 13), Rn. 112.

213 EGMR, *Nada* (Fn. 156), Rn. 170; IGH, *Bosnian Genocide (Merits)* (Fn. 102), Rn. 430.

214 (IV.) Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12.8.1949, UNTS 75, 287, BGBl. 1954 II, 917 (Nr. 17), ber. BGBl. 1956 II, 1586 (Nr. 35).

215 Siehe Nachw. in Fn. 208; dass diese nicht vorliegt, bei *Enderle*, DÖV 2023, S. 376 f.

torialität prinzipiell bejaht:²¹⁶ Es sei – letztlich aus normativen Gründen – anzunehmen, dass „Hoheitsgewalt“ des Emittentenstaates über von Umwelt- und Klimaschäden betroffene Personen bestehe,²¹⁷ wenn die Schädigungsquelle der effektiven Kontrolle des Staates unterliege²¹⁸ sowie zwischen dessen Unterlassen und dem Schadenserfolg Kausalität vorliege.²¹⁹ Wie genau diese Kausalität zu verstehen ist, wird nicht näher dargelegt.²²⁰ Begründet wird die Extraterritorialität wesentlich mit dem völkerrechtlichen Schädigungsverbot,²²¹ das der IAGMR folglich (über Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK)²²² menschenrechtlich subjektiviert.

Der Kinderrechtsausschuss hat dieses Gutachten herangezogen und als Wiedergabe geltenden Völkerrechts angesehen.²²³ Er erachtet die Kausalität als prinzipiell gegeben und damit eine extraterritoriale Anwendung der Schutzpflichten bezüglich jeder Emission, über die ein Staat effektive Kontrolle hat, als geboten.²²⁴

Auch die Extraterritorialität annehmende Literatur stützt sich insoweit auf das Schädigungsverbot. Dessen zwischenstaatliche Geltung wird schlicht auf die menschenrechtliche Ebene übertragen, also ebenfalls subjektiviert.²²⁵

b) Stellungnahme

Der Rückgriff auf das Schädigungsverbot begegnet zwei grundlegenden Problemen: Zum einen ist es (bislang) gewohnheitsrechtlich nur anwendbar, wenn *bestimmte* Emissionen aus einem Staat ursächlich für Schäden in einem anderen Staat waren, was beim Klimawandel so konkret nicht der Fall ist.²²⁶ Zum anderen dient das Schädigungsverbot nicht allein oder auch nur primär dem Schutz der Bevölkerung des geschädigten Staates. Vielmehr ist eine ganze Vielzahl von Rechtsgütern geschützt, namentlich auch die territoriale Souveränität und Integrität²²⁷ sowie die Umwelt an sich,²²⁸ was eine Anwendung von Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK problematisch macht.

Diese Probleme sind jedoch nicht unüberwindbar. So lässt sich die Kausalität durchaus mit dem Gedanken der anteiligen Kausalität bejahen, aus der eine entsprechende Verantwortlichkeit folgt.²²⁹ Es spricht nicht grundsätzlich etwas dagegen,

216 IAGMR, *Klimagutachten* (Fn. 15), Rn. 104.

217 IAGMR, *Klimagutachten* (Fn. 15), Rn. 102: „jurisdiction“; vgl. auch *Kring*, S. 54 m.w.N.

218 IAGMR, *Klimagutachten* (Fn. 15), Rn. 102.

219 IAGMR, *Klimagutachten* (Fn. 15), Rn. 103.

220 *Banda*, ASIL Insights 2018; *Hennebel/Tigroudja*, AFDI 2019, S. 417, 437.

221 IAGMR, *Klimagutachten* (Fn. 15), Rn. 97 f., 101; dazu unter B. III. 2. a).

222 Siehe IAGMR, *Klimagutachten* (Fn. 15), Rn. 44.

223 CRC, *Sacchi u.a.* (Fn. 15), Rn. 9.5; i.d.S. auch *CEDAW u.a.*, Statement on human rights and climate change, HRI/2019/1, 14.5.2020, Rn. 10, 12; *Chong*, GYIL 2020, S. 500 f.

224 CRC, *Sacchi u.a.* (Fn. 15), Rn. 9.7; vgl. *Birnie/Boyle/Redgwell*, S. 299.

225 *Hänni*, EuGRZ 2019, S. 17; vgl. *Peters*, AVR 2021, S. 185 f., dort i.E. aber sehr restriktiv.

226 *Peters*, AVR 2021, S. 184 f.; s. zum Kausalitätsproblem näher unter B. II. 1.

227 *Trail Smelter* (Fn. 159), S. 1965; IGH, *Pulp Mills* (Fn. 161), Rn. 101; *Construction of a Road* (Fn. 161), Rn. 104.

228 IGH, *Nuclear Weapons* (Fn. 85), Rn. 29.

229 Siehe unter B. II. 2.; vgl. *Brunnée*, RdC 2020, S. 167.

das Schädigungsverbot entsprechend weiter zu fassen; die Auffassung, es auch auf Treibhausgasemissionen auszudehnen, nimmt dies im Grunde bereits an.²³⁰

Zur Schutzgüterproblematik ist folgendes zu bedenken: Bereits in einer anderen Konstellation wurde eine extraterritoriale Schutzpflicht angenommen, ohne dass wirklich von effektiver Kontrolle des Staates über die betroffene Person gesprochen werden kann:²³¹ im Fall der Seenotrettung außerhalb des Küstenmeeres.²³² Diese wurde an die seevölkerrechtliche Pflicht der Staaten zur Suche und Rettung angeknüpft,²³³ welche praktisch allein dem Schutz des menschlichen Lebens dient.²³⁴ Offengeblieben ist dabei jedoch, warum genau hieran angeknüpft werden konnte. Denkbar ist – durchaus im Rahmen einer dynamischen Auslegung²³⁵ –, dies so zu verstehen, dass an allgemeine völkerrechtliche Pflichten angeknüpft werden kann, wenn diese *auch* das dem jeweiligen Menschenrecht zugrundeliegende Rechtsgut schützen, eine bloß teilweise Überschneidung der Schutzzwecke also genügt. Dabei wird sich gerade am Zweck des menschenrechtlichen Vertrages orientiert (Art. 31 Abs. 1 WVK). Dann wäre eine entsprechende Anknüpfung von Klimaschutzpflichten an das Schädigungsverbot gut vorstellbar, da es *auch* „the quality of life and the very health of human beings, including generations unborn“²³⁶ schützt.

Dies lässt sich durch die Tatsache stützen, dass durch den Klimawandel eine große Zahl an Menschen und besonders gewichtige Rechtsgüter betroffen sind. Hier lässt sich der Gedanke übertragen, dass bei einem höheren Rechtsgut geringere Anforderungen an die Verletzungswahrscheinlichkeit zu stellen sind, um staatliche Maßnahmen zu fordern,²³⁷ in der hiesigen Konstellation gleichsam geringere Anforderungen an die extraterritoriale Anwendbarkeit des einschlägigen Vertrages zu stellen wären.

Somit lässt sich durchaus auch für menschenrechtliche Schutzpflichten im Bereich des Klimaschutzes Extraterritorialität durch eine dynamische Auslegung der entsprechenden Verträge begründen. Unter Heranziehung von Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK lassen sich menschenrechtliche Gewährleistungen, inklusive ihres Anwendungsbereichs, so auslegen, dass sie eine Subjektivierung von Normen des „nur-ob-

230 Siehe dazu Fn. 165.

231 Deshalb krit. *Talmon*, JZ 2019, S. 806.

232 HRC, A.S. (Fn. 208), Rn. 6.5; so auch der EGMR in zwei (unveröff.) Eilentscheidungen von 2019, s. nun Mitt. d. 1. Sektion v. 13.9.2021, Nrn. 5504/19 u.a., Y.A. u.a., Rn. 17; dazu *Blanke/Johr*, DÖV 2019, S. 936 f.; *Giegerich*, EuGRZ 2023, S. 20. In EGMR, Urt. v. 7.7.2022, Nr. 5418/15, *Safi u.a.* = NLMR 4/2022-EGMR, spielte der Sachverhalt hingegen im griechischen Küstenmeer, also dem Hoheitsgebiet des Konventionsstaates (s. Rn. 10, 27).

233 HRC, A.S. (Fn. 208), Rn. 6.5: „States parties are also required to respect and protect the lives [...] of those individuals who find themselves in a situation of distress at sea, in accordance with their international obligations to rescue at sea.“ (Herv. M.J.).

234 Siehe *Papanicolopulu*, IRRIC 2016, S. 509 f.

235 Dazu Fn. 155; spez. zur Extraterr.: *Skogly*, NYIL 2016, S. 228 ff., 243.

236 IGH, *Nuclear Weapons* (Fn. 85), Rn. 29.

237 Siehe i.d.S. EGMR, *Kolyadenko u.a.* (Fn. 43), Rn. 161.

jektiven“ Völkerrechts bewirken, *wenn* die allgemein-völkerrechtliche Norm zu-
mindest auch dasselbe Rechtsgut schützt.²³⁸

II. Differenzierung nach Schutz- und Anpassungsmaßnahmen

Allerdings wäre dann weiter zu fragen, wie weit diese Extraterritorialität reichen kann. Es ist nämlich anerkannt, dass der Staat nur insoweit handeln muss, als ihm dies tatsächlich und rechtlich möglich ist²³⁹ und die Staaten keine Pflicht zu übermäßig belastenden Maßnahmen haben.²⁴⁰ Daraus lässt sich aber auch für die extraterritoriale Anwendung folgern, dass auf Rechtsfolgende eine differenzierte Betrachtung stattfinden kann und muss.²⁴¹

1. Anpassungsmaßnahmen

Gerade bei Anpassungsmaßnahmen wird es in aller Regel faktisch und rechtlich unmöglich sein, diese jenseits des eigenen Hoheitsgebiets zu ergreifen. Würde ein Staat nämlich ohne Einwilligung des „Gaststaates“ auf fremdem Hoheitsgebiet irgendwelche Anpassungsmaßnahmen ergreifen, verstieße er gegen das Interventionsverbot des Art. 2 Abs. 1 UNCh.²⁴² Auch wird es praktisch unmöglich sein, effektive Anpassungsmaßnahmen im Ausland zu ergreifen.²⁴³

Denkbar ist allenfalls, dass Ausländer gegen einen Staat Anpassungsmaßnahmen auf dessen Gebiet fordern, etwa Hochwasserschutzmaßnahmen bei grenznahen Flüssen, von deren Überschwemmungen auch Ausländer betroffen sind.

2. Milderungsmaßnahmen

Anders sieht es hingegen bezüglich Milderungsmaßnahmen aus. Diese kann der Staat auf eigenem Gebiet verwirklichen; sich darum zu bemühen, entspricht seinen objektivvölkerrechtlichen Pflichten.²⁴⁴

Problematisch könnte dies allein in Bezug auf die Treibhausgasreduktionen sein. Wie dargelegt, stützt sich die menschenrechtliche Verpflichtung Deutschlands (oder sonst eines Staates) hierzu maßgeblich auf die Geltung entsprechender nationaler

238 I.E. ähnlich, aber (wohl) allein auf den „funktionalen Ansatz“ abstellend und damit noch weitergehend, *Giegerich*, EuGRZ 2023, S. 30 f., vgl. 39.

239 IGH, *Bosnian Genocide (Merits)* (Fn. 102), Rn. 430; EGMR, *Nada* (Fn. 156), Rn. 170 m.w.N.

240 EGMR, *Osman* (Fn. 57), Rn. 116.

241 Vgl. *Milanovic*, S. 116 f.; i.d.S. auch EGMR, *H.F. u.a.* (Fn. 208), Rn. 186 a.E.; *Al-Skeini* (Fn. 208), Rn. 137; *Banković u.a.* (Fn. 207), Rn. 75: „divided and tailored“; spez. zum Klimawandel *Enders*, DÖV 2023, S. 380.

242 *Schmahl*, JZ 2022, S. 324; *Giegerich*, EuGRZ 2023, S. 18 f., 24, 36, 38; allg. *Herdegen*, § 35.

243 BVerfGE 157, 30 (Rn. 178) – *Klimaschutz* (zu beiden Aspekten).

244 Siehe unter B. III. 2. a).

oder unionsrechtlicher Vorschriften. Diese gelten gemäß dem Territorialitätsprinzip²⁴⁵ grundsätzlich aber nur im jeweiligen Staat. Sie können jedoch nach ihrem Sinn und Zweck auch Ausländer schützen, die sich dann auf sie berufen können.²⁴⁶ Wie bereits dargelegt, ist dies zumindest innerhalb der EU der Fall, deren Verordnungen alle Unionsbürger schützen sollen. Bei Drittstaatsangehörigen ist dies hingegen abzulehnen, um den gesetzgeberischen Willen, wonach das KSG gerade keine subjektiven Rechte erzeugen soll,²⁴⁷ weitestgehend zu wahren.

Demzufolge ist eine extraterritoriale Wirkung bei den „allgemeinen“ Milderungsmaßnahmen²⁴⁸ anzunehmen. Die Pflicht zur Treibhausgassenkung ist bezüglich Deutschlands hingegen nur insoweit umfasst, als sich Unionsbürger hierauf berufen.

III. Zwischenergebnis

Es lässt sich mithin grundsätzlich Extraterritorialität der menschenrechtlichen Klimaschutzpflichten begründen. Diese ist jedoch zu differenzieren: Soweit ein Staat ein Gebiet effektiv kontrolliert, ist er so gebunden, als handelte es sich um sein eigenes Hoheitsgebiet. Gegenüber Personen, die sich in einem anderen Gebiet aufhalten, treffen den Staat menschenrechtlich regelmäßig nur die „allgemeinen“ Pflichten zur Milderung des Klimawandels, das heißt ohne Einbeziehung seines innerstaatlichen Rechts. Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels treffen ihn nur in Ausnahmefällen, wenn er sie auf eigenem Gebiet vornehmen kann und muss.

D. Schluss und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass die Staaten gewisse, menschenrechtlich radizierte Schutzpflichten angesichts des Klimawandels treffen.

Dies sind namentlich „Anpassungsmaßnahmen“, also Maßnahmen, um vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen, und „Milderungsmaßnahmen“, also solche, die den Klimawandel selbst eindämmen sollen. Die Reichweite der letzteren ist jedoch beschränkt auf die Pflicht zu internationalen Verhandlungen, Evaluierung der eigenen Beiträge und Einhaltung der selbst eingegangenen Verpflichtungen zur Reduktion von Emissionen.

Diese Schutzpflichten können bei einer dynamischen Auslegung des Anwendungsbereichs des jeweiligen menschenrechtlichen Instruments auch extraterritorial wirken. Hierbei besteht jedoch regelmäßig eine Beschränkung auf Milderungsmaßnahmen, die ohne Verletzung fremder Souveränität ergriffen werden können. Sie

245 Epping, in Ipsen-Völkerrecht, § 7 Rn. 59 f.; s. bereits *Max Huber*, Schiedsspr. v. 4.4.1928, *Island of Palmas*, RIAA II, 829 (838).

246 I.d.S. BVerwGE 75, 285 (286–289) – *Kernkraftwerk Emsland*.

247 Siehe Fn. 196.

248 Siehe unter B. III. 2. b) (1).

umfassen außerdem die aus den Selbstverpflichtungen hergeleiteten Pflichten nur insoweit, als ihr jeweiliger Schutzzweck auch grenzübergreifend ist.

Ist dies der Fall, treten einige sehr interessante Folgefragen auf. So ergeben sich prozessuale Probleme, insbesondere hinsichtlich der Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges.²⁴⁹ Weiter stellt sich die Frage nach der mittelbaren Drittwirkung, letztlich insbesondere nach privatrechtlichen Reduktionsansprüchen gegen die Emittenten selbst, etwa gestützt auf §§ 823 Abs. 1, 1004 BGB.²⁵⁰

Bibliographie

- ALEX, ROBERT, *Theorie der Grundrechte*, Baden-Baden, 1985
- ARNAULD, ANDREAS VON, *Völkerrecht*, 4. Aufl., Heidelberg, 2019
- BALDUS, MANFRED, *Kämpfe um die Menschenwürde. Die Debatten seit 1949*, Frankfurt/M., 2016
- BANDA, MARIA L., *Inter-American Court of Human Rights' Advisory Opinion on the Environment and Human Rights*, American Society of International Law Insights, 2018, Vol. 22(6)
- Beck'scher Online-Großkommentar zum BGB, hrsgg. v. Artz, Markus; Ball, Wolfgang; Benecke, Martina u.a., München, Stand 1.2.2023
- Beck'scher Online-Kommentar zum BGB, hrsgg. v. Hau, Wolfgang; Poseck, Roman, 64. Edition, München 2022
- BIRNIE, PATRICIA; BOYLE, ALAN; REDGWELL, CATHERINE, *International Law and the Environment*, 3. Aufl., Oxford, 2009
- BLANKE, HERMANN-JOSEF; JOHR, MANOËL, *Rechtliche Vorkehrungen für die zivile Seenotrettung im Mittelmeer. „Sichere Häfen“ und „verlässliche Ausschiffsungsregelungen“ in der EU zur Überwindung völkerrechtlicher Unsicherheit*, Die Öffentliche Verwaltung 2019, S. 929–940
- BOLLECKER-STERN, BRIGITTE, *Le préjudice dans la théorie de la responsabilité internationale*, Paris, 1973
- BODANSKY, DANIEL, *The Paris Climate Change Agreement: A New Hope?*, American Journal of International Law, 2016, Vol. 2016, S. 288–319
- BÖHRINGER, AYŞE-MARTINA, *Das neue Pariser Klimaübereinkommen. Eine Kompromisslösung mit Symbolkraft und Verhaltenssteuerungspotential*, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 2016, Vol. 76, S. 753–795

249 Dazu etwa *Schmahl*, JZ 2022, S. 323 f.; *Lohse*, BayVBl. 2023, S. 43; *Enderle*, DÖV 2023, S. 374.

250 Überzeugend LG Braunschweig, KlimR 2023, 88 (Rn. 86 f., 104–112, 118–120); zu pauschal ablehnend LG Stuttgart, NVwZ 2022, 1663 (Rn. 21 ff.); vgl. OLG Hamm (Beweisbeschl.), ZUR 2018, 118. Zu bestehenden Sorgfaltspflichten: *Renner*, ZEuP 2022, S. 738 f. m.w.N.

- BOYLE, ALAN, *Relationship Between International Environmental Law and Other Branches of International Law*, in: Bodansky, Daniel; Brunnée, Jutta; Hey, Ellen (Hrsg.), *The Oxford Handbook of International Environmental Law*, Oxford, 2007 (ND 2010), S. 125–146
- BROWNLIE, IAN, *System of the Law of Nations, Part I. State Responsibility*, Oxford, 1983
- BRUNNÉE, JUTTA, *Procedure and Substance in International Environmental Law*, *Recueil des Cours*, 2020, S. 75–240
- BRUNNÉE, JUTTA; CAMPBELL-DURUFLÉ, CHRISTOPHER, *Environment, Multilateral Agreements*, in: Wolfrum, Rüdiger; Peters, Anne (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, <https://opil.ouplaw.com/home/MPIL> (6.7.2023)
- BURGERS, LAURA; STAAL, TIM, *Climate Action as Positive Human Rights Obligation: The Appeals Judgment in Urgenda v the Netherlands*, *Netherlands Yearbook of International Law*, 2018, Vol. 49, S. 223–244
- BURGI, MARTIN, *Klimaverwaltungsrecht angesichts von BVerfG-Klimabeschluss und European Green Deal*, *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, 2021, S. 1401–1408
- CANEY, SIMON, *Human Rights, Responsibilities, and Climate Change*, in: Beitz, Charles R.; Goodin, Robert E. (Hrsg.), *Global Basic Rights*, Oxford, 2009
- CASEY-MASLEN, STUART, *The use of nuclear weapons and human rights*, *International Review of the Red Cross*, 2015, Vol. 97, S. 663–680
- CHEHATA, CHAFIK, *La théorie de la responsabilité civile dans les systèmes juridique des pays du Proche-Orient*, *Revue internationale de droit comparé*, 1067, Vol. 19, S. 883–915.
- CHONG, AGNES, *State Responsibility for Climate Change Damage and the Evolving Regime of Human Rights*, *German Yearbook of International Law*, 2020, Vol. 63, S. 481–509
- CHRISTIANSEN, LIV; MASCHE, CORA, *Klimarechtsschutz und Paradoxien beim EuGH – Warum die Plaumann-Formel nicht mehr zeitgemäß ist*, *ZEuS* 2023, Vol. 26(1), S. 31–56
- COLE, DANIEL H., *The Problem of Shared Irresponsibility in International Climate Change*, in: Nollkaemper, André; Jacobs, Dov (Hrsg.), *Distribution of Responsibilities in International Law*, Cambridge, 2015
- CRAWFORD, JAMES, *State Responsibility. The General Part*, Cambridge, 2013
- CREUTZ, KATJA, *State Responsibility in the International Legal Order. A Critical Appraisal*, Cambridge, 2020
- D'ARGENT, PIERRE, *Les obligations internationales*, *Recueil des Cours*, 2021, Vol. 417, S. 9–210

- DEAKIN, SIMON; JOHNSTON, ANGUS; MARKESINIS, BASIL, *Markesinis and Deakin's Tort Law*, 5. Aufl., Oxford, 2003
- DE SCHUTTER, OLIVER, *International Human Rights Law. Cases, Material, Commentary*, 3. Aufl., Cambridge, 2019
- DOPPLINGER, LORENZ, *An den Grenzen der Grundrechte. Zur extraterritorialen Grundrechtsbindung des Staates nach der EMRK*, Europäische Grundrechte-Zeitschrift 2021, S. 559–564
- ENDERLE, PAUL LEONARD, *Menschenrechtsbasierte Klimaklagen im internationalen System. Zwischen effektivem Menschenrechtsschutz und richterlicher Zurückhaltung*, Die Öffentliche Verwaltung, 2023, S. 370–380
- EUOPARAT, *Manual on Human Rights and the Environment*, 2. Aufl., Straßburg, 2012
- FERNÁNDEZ EGEA, ROSA M., *State Responsibility for Environmental Harm, "Revisited" with the Climate Change Regime*, in: Maljean-Dubois, Sandrine; Rajamani, Lavanya (Hrsg.), *La mise en œuvre de droit international de l'environnement/Implementation of International Environmental Law*, Leiden/Boston, 2011, S. 375–417
- FROWEIN, JOCHEN A., *European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms (1950)*, in: Wolfrum, Rüdiger; Peters, Anne (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, <https://opil.ouplaw.com/home/MPIL> (6.7.2023).
- GATTINI, ANDREA, *Breach of International Obligations*, in: Nollkaemper, André; Plakokefalos, Ilias (Hrsg.), *Principles of Shared Responsibility in International Law. An Appraisal of the State of the Art*, Cambridge, 2014
- GIEGERICH, THOMAS, *Extraterritoriale Schutzwirkungen von Grund- und Menschenrechten im globalen Mehrebenensystem: Kongruenz und Kohärenz für die International Rule of Law*, Europäische Grundrechte-Zeitschrift, 2023, S. 17–39
- GRABENWARTER, CHRISTOPH/PABEL, KATHARINA, *Europäische Menschenrechtskonvention. Ein Studienbuch*, 6. Aufl., München/Basel/Wien, 2016
- GROSS, THOMAS, *Climate change and duties to protect with regard to fundamental rights*, in: Karl, Wolfgang; Weller, Philippe (Hrsg.), *Climate Change Litigation. A Handbook*, München, 2021, S. 81–96
- HAKIMI, MONICA, *State Bystander Responsibility*, European Journal of International Law, 2010, Vol. 21, S. 341–385
- HÄNNI, JULIA, *Menschenrechtsverletzungen infolge des Klimawandels. Voraussetzungen und Herausforderungen / Dargestellt am Beispiel der EMRK*, Europäische Grundrechte-Zeitschrift, 2019, S. 1–20
- HÄNNI, JULIA, *The Prospects of Climate Litigation before the European Court of Human Rights: Prerequisites and Possible Challenges*, Human Rights Law Journal, 2020, Vol. 50, S. 5–24

- HÄNNI, JULIA, *Menschenrechtlicher Schutz in der Klimakrise – Das Leiturteil Urgenda*, Europäische Grundrechte Zeitschrift, 2020, S. 616–633
- HENNEBEL, LUDOVIC/CHASSIN, CATHERINE-AMÉLIE/TIGROUDJA, HÉLÈNE, *Les aspects de droit international des activités des organes conventionnels des Nations Unies spécialisés dans la protection des Droits de l'homme (2017–2018)*, Annuaire français de droit international, 2018, Vol. 64, S. 525–551
- HENNEBEL, LUDOVIC/TIGROUDJA, HÉLÈNE, *Le droit à un environnement sain comme droit de l'homme. Observations sur l'avis consultatif de la Cour interaméricaine des droits de l'homme n° 23*, Environnement et droits de l'homme, Annuaire français de droit international, 2019, Vol. 65, S. 415–437
- HERBERT, GEORG, *Folter und andere Würdeverletzungen. Absoluter oder relativer Schutz der Menschenwürde?*, Europäische Grundrechte-Zeitschrift, 2014, S. 661–665
- HERDEGEN, MATTHIAS, *Interpretation in International Law*, in: Wolfrum, Rüdiger; Peters, Anne (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, <https://opil.ouplaw.com/home/MPIL> (6.7.2023)
- HERDEGEN, MATTHIAS, *Völkerrecht*, 21. Aufl., München, 2022
- HERI, CORINA, *Climate Change before the European Court of Human Rights: Capturing Risk, Ill-Treatment and Vulnerability*, European Journal of International Law, 2020, Vol. 33, S. 925–951
- HESSE, KONRAD, *Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, 20. Aufl. (ND), Heidelberg, 1999
- HEY, ELLEN; PAULINI, SOPHIA, *Common but Differentiated Responsibilities*, in: Wolfrum, Rüdiger/Peters, Anne (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, <https://opil.ouplaw.com/home/MPIL> (6.7.2023).
- HOBE, STEPHAN, *Einführung in das Völkerrecht*, 11. Aufl., Tübingen, 2020
- HONORÉ, ANTHONY MAURICE, *Causation and Remoteness of Damage*, in: Tunc, André (Hrsg.), International Encyclopedia of Comparative Law, Bd. XI: Torts, Kapitel 7
- Ipsen: Völkerrecht. Ein Studienbuch*, hrsgg. v. Epping, Volker; Heintschel von Heinegg, Wolff, 7. Aufl., München, 2018
- JAHN, JANNIKA, *Internationaler Klimaschutz mithilfe nationaler Verfassungsgerichte? Erkenntnisse aus dem Klimabeschluss des BVerfG*, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 2022, Vol. 82, S. 57–72
- JEGEDE, ADEMOLA OLUBORODE, *Arguing the Right to a Safe Climate under the UN Human Rights System*, International Human Rights Law Review, 2020, Vol. 9, S. 184–212.
- KÄLIN, WALTER; KÜNZLI, JÖRG, *Universeller Menschenrechtsschutz. Der Schutz des Individuums auf globaler und regionaler Ebene*, 3. Aufl., Basel, 2013

- KARPENSTEIN, ULRICH/MAYER, FRANZ C. (Hrsg.), *Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Kommentar*, 3. Aufl., München, 2022
- KELSEN, HANS, *Principles of International Law*, New York, 1952
- KERBRAT, YANN; MALJEAN-DUBOIS, SANDRINE, *La contribution en demi-teinte de la CIJ au droit international de l'environnement dans les affaires Costa-Rica – Nicaragua*, Clunet (Journal du droit international), 2018, S. 1133–1154
- KRING, FRANZISKA-CAROLIN, *Responsibility to protect (R2P) revisited. Towards climate change-related obligations of states?*, Berlin, 2020
- LANOVOY, VLADYSLAV, *Causation in the Law of State Responsibility*, 2022, vorgesehen für BYIL, abrufbar unter: <https://doi.org/10.1093/bybil/brab008> (31.5.2023)
- LAUTERPACHT, HERSCH, *Private Law Sources and Analogies of International Law. With Special Reference to International Arbitration*, London, 1927
- LAVIEILLE, JEAN-MARC; DELZANGLES, HUBERT; LE BRIS, CATHERINE, *Droit international de l'environnement*, 4. Aufl., Paris, 2018
- LIEBY, THOMAS, *Quelques réflexions sur l'interprétation des conventions internationales du travail par le juge national*, Revue internationale de droit économique 2020, S. 5–31
- LOHSE, EVA JULIA, *Aktuelle Entwicklungen im Recht der EMRK [Teil 2]*, BayVbl. 2023, S. 37–49
- LOOSCHELDERS, DIRK, *Schuldrecht. Allgemeiner Teil*, 19. Aufl., München, 2021
- MALAURIE, PHILIPPE; AYNÈS, LAURENT; STOFFEL-MUNCK, PHILIPPE, *Droit des obligations*, 10. Aufl., Issy-les-Moulineaux, 2018
- MARIÑO MENÉDEZ, FERNANDO M., *The Prohibition of Torture in Public International Law*, Recueil des Cours, 2018, Vol. 391, S. 103–185
- MARKUS, TILL, *Die Problemwirksamkeit des internationalen Klimaschutzrechts – Ein Beitrag zur Diskussion um die Effektivierung völkerrechtlicher Verträge*, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 2016, Vol. 76, S. 715–752
- MAVRONICOLA, NATASA, *Torture, Inhumanity and Degradation under Article 3 of the ECHR. Absolute Rights and Absolute Wrongs*, Oxford, 2021
- MAYER, BENOÎT, *Climate Change Mitigation as an Obligation Under Human Rights Treaties?*, American Journal of International Law, 2021, Vol. 115, S. 409–451
- MAYER, BENOÎT, *Prompting Climate Change Mitigation Through Litigation*, International and Comparative Law Quarterly, 2023, Vol. 72, S. 233–250

- MCKINNON, CATRIONA, *Climate justice in a carbon budget*, Climate Change, 2015, S. 375–384
- MCLACHLAN, CAMPBELL, *The Principle of Systemic Integration and Article 31(3)(c) of the Vienna Convention*, International and Comparative Law Quarterly, 2005, Vol. 54, S. 279–320
- MERRILLS, JOHN G., *Environmental Rights*, in: Bodansky, Daniel/Brunnée, Jutta/Hey, Ellen (Hrsg.), The Oxford Handbook of International Environmental Law, Oxford, 2007 (ND 2010), S. 663–680
- MÉTALL, RUDOLF ALDÁR, *Skizzen zu einer Systematik der völkerrechtlichen Quellenlehre*, in: Métall, Rudolf Aldár (Hrsg.), 33 Beiträge zur Reinen Rechtslehre, Wien, 1974
- MEYER-LADEWIG, JENS, *Das Umweltrecht in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte*, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, 2007, S. 25–30
- MILANOVIC, MARKO, *Extraterritorial Application of Human Rights Treaties. Law, Principles, and Policy*, Oxford, 2011
- NÈGRE, CÉLINE, *Responsibility and International Environmental Law*, in: Crawford, James; Pellet, Alain; Olleson, Simon (Hrsg.), The Law of International Responsibility, Oxford, 2010, S. 803–813
- NOLLKAEMPER, ANDRÉ, *Universality*, in: Wolfrum, Rüdiger/Peters, Anne (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, <https://opil.ouplaw.com/home/MPIL> (6.7.2023).
- NOLLKAEMPER, ANDRÉ; D'ASPREMONT, JEAN; AHLBORN, CHRISTIANE; BOUTIN, BERNICE; NEDESKI, NATAŠA; PLAKOKEFALOS, ILIAS, *Guiding Principles on Shared Responsibility in International Law*, European Journal of International Law, 2005, Vol. 31, S. 15–72
- OTT, HERMANN E.; MAIN-KLINGST, LEA, *Klagen gegen den Klimawandel*, Vereinte Nationen, 2021, S. 214–219
- PAPANICOLOPULU, IRINI, *The duty to rescue at sea, in peacetime and in war: A general overview*, International Review of the Red Cross, 2016, Vol. 98, S. 491–514
- PERRAKIS, STELIOS, *La protection internationale au profit des personnes vulnérables en droit international des droits de l'homme*, Recueil des Cours, 2021, S. 9–497
- PETERS, BIRGIT, *Zur Anwendbarkeit der Europäischen Menschenrechtskonvention in Umwelt- und Klimaschutzfragen*, Archiv des Völkerrechts, 2021, Vol. 59, S. 164–198
- PLAKOKEFALOS, ILIAS, *Causation in the Law of State Responsibility and the Problem of Overdetermination: In Search of Clarity*, European Journal of International Law, 2015, Vol. 26, S. 471–492

- PROELSS, ALEXANDER, *Raum und Umwelt im Völkerrecht*, in: Graf Vitzthum, Wolfgang; Proelß, Alexander (Hrsg.), *Völkerrecht*, 8. Aufl., Berlin/Boston, 2019
- RACHOVITSA, ADAMANTIA, *The Principle of Systemic Integration in Human Rights Law*, *International and Comparative Law Quarterly*, 2017, Vol. 66, S. 557–588
- RAJAMANI, LAVANYA; JEFFERY, LOUISE; HÖHNE, NIKLAS; HANS, FREDERIC; GLASS, ALYSSA; GANTI, GAURAV; GEIGES, ANDREAS, *National 'fair shares' in reducing greenhouse gas emissions within the principles framework of international environmental law*, *Climate Policy*, 2021, Vol. 21, S. 983–1004
- RENNER, MORITZ, *Menschenrechts- und umweltbezogene Unternehmensverantwortung zwischen Kapitalmarkt und Lieferkette*, *Zeitschrift für Europäisches Privatrecht*, 2022, S. 782–819
- ROBERTS, ANTHEA, *Comparative International Law? The Role of National Courts in Creating and Enforcing International Law*, *International and Comparative Law Quarterly*, 2011, Vol. 60, S. 57–92
- SANDS, PHILIPPE, *Climate Change and the Rule of Law: Adjudicating the Future in International Law*, in: Maluwa, Tiyanjana; du Plessis, Max; Tladi, Dire (Hrsg.), *The Pursuit of a Brave New World in International Law: Essays in Honour of John Dugard*, S. 114–134
- SCELLE, GEORGES, *Règles générales du droit de la paix*, *Recueil des Cours*, 1933, S. 327–703
- SCELLE, GEORGES, *Précis de Droit des gens. Principes et systématique*, Bd. II, Paris, 1934
- SCHILLING, THEODOR, *Internationaler Menschenrechtsschutz. Das Recht der EMRK und des IPbPR*, 4. Aufl., Tübingen, 2022
- SCHIRMER, JAN-ERIK, *Klimahaftung und Kausalität – und es geht doch!*, *Juristenzeitung*, 2021, S. 1099–1106
- SCHMAHL, STEFANIE, *Internationale Klimaklagen aufgrund von Menschenrechtsverträgen: sinnvoll oder vergeblich?*, *Juristenzeitung*, 2022, S. 317–327
- SHANY, YUVAL, *The Extraterritorial Application of International Human Rights Law*, *Recueil des Cours*, 2020, Vol. 409, S. 9–152
- SHELTON, DINAH, *Decision Regarding Communication 155/96 (Social and Economic Rights Action Center/Center for Economic and Social Rights v. Nigeria). Case No. ACHPR/COMM/A044/1*, *American Journal of International Law*, 2022, Vol. 96, S. 937–942
- SHUE, HENRY, *Basic Rights. Subsistence, Affluence, and U.S. Foreign Policy*, 40. Jubiläumsausgabe [= 3. Aufl.], Princeton/Oxford, 2020
- SKOGLY, SIGRUN, *Extraterritorial Obligations and the Obligation to Protect*, *Netherlands Yearbook of International Law*, 2016, Vol. 47, S. 217–244

- STÄSCHE, UTA, *Entwicklungen des Klimaschutzrechts und der Klimapolitik 2021–2022. Internationale und europäische Ebene (Teil 1): Von der COP26 über das „Fit for 55“-Legislativpaket bis hin zum neuen Emissionshandelssystem für Gebäude und Straßenverkehr*, Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft, 2022, S. 201–213
- STAHL, SANDRA, *Schutzpflichten im Völkerrecht – Ansatz einer Dogmatik. Ein Beitrag zu Grund, Inhalt und Grenzen der völkerrechtlichen Schutzpflichtendogmatik im Bereich konventionell geschützter Menschenrechte*, Heidelberg u.a., 2012
- STEENBERGHE, RAPHAËL VAN, *The impacts of human rights law on the regulation of armed conflict: A coherency-based approach to dealing with both the “interpretation” and “application” processes*, International Review of the Red Cross, 2022, Vol. 104, S. 1345–1396
- TALMON, STEFAN, *Private Seenotrettung und das Völkerrecht*, Juristenzeitung 2019, S. 802–809
- VERDROSS, ALFRED; SIMMA, BRUNO, *Universelles Völkerrecht. Theorie und Praxis*, 3. Aufl., Berlin, 1984 (ND 2010)
- VERHEYEN, RODA, *Climate Change Damage and International Law. Prevention Duties and State Responsibility*, Leiden, 2005
- WEISS, WOLFGANG, *Allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts*, Archiv des Völkerrechts, 2001, Vol. 39, S. 394–431
- ZAHAR, ALEXANDER, *The Limits of Human Rights Law: A Reply to Corina Heri*, European Journal of International Law, 2022, Vol. 33, S. 953–959
- ZIESCHANG, FRANK, *Strafrecht. Allgemeiner Teil*, 6. Aufl., Stuttgart, 2020
- N.N., *Climate Litigation – Federal Preemption State Law – Ninth Circuit Finds that State Public Nuisance Claims Against Fossil Fuel Producers Are Not Completely Preempted by Federal Law*. City of Oakland v. BP PLC, 969 F.3d 895 (9th Cir. 2020), Harvard Law Review, 2021, Vol. 134, S. 1897–1904
- N.N., *Federal Courts – Justiciability – Ninth Circuit Holds that Developing and Supervising Plan to Mitigate Anthropogenic Climate Change Would Exceed Remedial Powers of Article III Court*. Juliana v. United States, 947 F.3d 1159 (9th Cir. 2020), Harvard Law Review, 2021, Vol. 134, S. 1929–1936